

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 23 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6633.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Beizelle oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Breslau, Dienstag, 13. Juni 1893.

4. Jahrgang.

Parteigenossen! Wähler! Agitirt für unsere Candidaten!

Breslau-Ost: Franz Tutzauer, Tischlermeister.

Breslau-West: Dr. Bruno Schoenlank, Redakteur.

Bürgerliche

Demokraten und Socialdemokraten.

B. G. In neuester Zeit sehen wir auf der Bildfläche der politischen Erscheinungen wieder bürgerliche Demokraten auftauchen, und zwar zum Theil sind es, oder an ihrer Spitze marschiren einher höchst würdevoll und erhobenen Hauptes dieselben alten, angeblich alle Zeit getreuen Demokraten, welche 1848 ungeheuer radical sprachen und thaten, 1850 radical verschwanden, dann später als Fortschrittler wieder auftauchten, sich wieder nach einiger Zeit in die deutschfreisinnige Partei verpuppten und gegenwärtig entweder als freisinnige Volksparteiler oder Mitglieder der freisinnigen Vereinigung oder blos Freisinnige, und wer weiß was sonst noch, das politische Leben unsicher machen.

Das Interessanteste an diesen Leuten, gegen die ein Chamäleon ein Skämper im Farbenwechseln ist, besteht darin, daß sie die nöthige Kühnheit besitzen, um zu behaupten, sie seien zu jeder Zeit ihrer Gesinnung und Farbe treu geblieben.

Ein Vertreter dieser alten Demokratie, der freisinnige Reichstagscandidat für Breslau-Ost, Herr Dr. Wsch, hat sogar entdeckt, daß die socialdemokratische

Partei es gewesen sei, die sich von der bürgerlichen Demokratie losgesagt habe und ihre eigenen Wege gegangen sei.

Das ist nun schon ganz im Allgemeinen unrichtig. Die Socialdemokratie hat sich nirgend von der Demokratie losgesagt, sie ist vielmehr die einzige wahrhaft demokratische Partei und in ganz Preußen giebt es sogar nirgend eine Spur einer Partei, welche sich auch nur demokratisch zu nennen wagt.

Obige Behauptung des freisinnigen Reichstagscandidaten bezieht sich aber speciell auf Breslau, und in Breslau existirte im Jahre 48 bereits eine Arbeiterpartei, die durchaus und noch dazu sehr radical socialdemokratisch war und austrat. Ja noch mehr, die socialdemokratischen Arbeiter in Breslau wollten schon im Jahre 1848 von allen Parteien der Besitzenden durchaus nichts wissen; sie wandten sich sehr energisch gegen das Capital, sie verlangten laut und äußerst nachdrucksvoll, daß der Capitalismus abgeschafft werde. Ja sie lebten sogar in offener Feindschaft mit denen, welche sich unter dem Schein liberaler Volksthümllichkeit in das Proletariat hineindrängten und es zu ihren demagogischen Zwecken mißbrauchen wollten.

Nachstehende Beweise dürften mehr als genug sein

für die ehemaligen Socialdemokraten, welche jetzt als Vertreter des freisinnigen Capitalismus vor das Volk hinzutreten wagen, in der Einbildung, über ihre Ver-rätherei sei in den 45 Jahren seit der Revolution hinreichend Gras gewachsen.

Der Breslauer Arbeiterverein von 1848 wurde durch die von Berendt herausgegebenen Zeitschrift „Die Fliegenden Blätter“ officiell vertreten. Schon die erste Nummer der „Fliegenden Blätter“ bewies, daß sich die Breslauer als selbständig politische Partei betrachteten und die Organisation der Arbeiter als Klasse auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die erste Nummer der „Fliegenden Blätter“ enthielt einen Aufsatz des Socialdemokraten Nees v. Esenbeck, welcher betitelt war „Das Ministerium der Arbeiter“ und eine radicalsocialistische Reform zu Gunsten der Arbeiterschaft verlangte.

Zu der Bourgeoisie in allen ihren Theilen nahm das officielle Organ des Breslauer Arbeitervereins sofort die denkbar feindseligste Stellung ein. In der zweiten Nummer der „Fliegenden Blätter“ ward z. B. den liberalen Bourgeois förmlich und sehr leidenschaftlich der Krieg erklärt, falls diese Rächer weißer Sklaven nicht auf das Privileg des Besitzes verzichten würden.

In harter Schule.

Roman von Gustav Imme.

84]

Nachdruck verboten.

„Sie sehen, meine Nichte hat soeben ihr zwanzigstes Jahr vollendet,“ sagte Madame d'Arcourt, nachdem ihr Ulrich mit einer Verbeugung den Tauffchein zurückgegeben hatte. „Damit ist eigentlich Alles, was der Herr Graf über sie behauptet, hinfällig; um Ihnen jedoch zu beweisen, wie weit die Bosheit dieses Menschen geht, will ich Ihnen mittheilen, daß mein Bruder und ich ihn allerdings vor zehn Jahren in Paris gekannt und Abenteuer ähnlicher Art, wie er sie jetzt Hortense andichtet, von ihm erfahren haben. Wie weit er dabei der Verfälschte war, lasse ich dahingestellt, ebenso kann ich nicht berichten, ob die Kunststückerin in Wien freie Erfindung oder die Reminiscenz an eine seiner Pöbelschaften ist, so viel weiß ich aber, daß bei der Geschichte mit den falschen Wechsellern, die er von Rom erzählt, er eine mehr als zweideutige Rolle gespielt hat und nur durch die Dazwischenkunft des Prinzen Alexander vor Schande und Kerker gerettet worden ist.“

„Also auch diese Geschichte beruht auf Wahrheit?“

„Ja; mein Bruder und ich verlebten einen Winter in Rom, unsere Hortense war im Kloster, und da wir den Grafen von Paris her kannten, so sahen wir ihn dann und wann, und verkehrten auch in jenen Kreisen, wo sich jener traurige Vorfall zutrug.“

„Wie kommt aber der Graf zu der fabelhaften Bosheit, Ihrem Fräulein Nichts Dinge anzudichten, bei denen er selbst so arg theilhaftig war? Wie kann er, der schlaue Diplomat, so dumm sein, sich der Gefahr auszusetzen, daß diese Dinge, die begraben sein zu lassen, ihm sehr am Herzen liegen muß, an das Tageslicht zu bringen?“

„Graf Falkenburg hat uns aus zwei Gründen; erstens als Waffer seiner Geheimnisse, und zweitens, weil wir seinen Bemühungen um Hortense, von denen wir nicht recht wußten, ob sie für eigene Rechnung oder im Auftrage des Prinzen unternommen wurden, sehr energisch einen Riegel vorschieben.“

„Trotz alledem hätte er Sie schonen müssen.“

„Nein, ihm kam es darauf an, die Verbindung meiner Nichte mit dem Baron zu hintertreiben, einmal weil er sie ihm nicht gönnte, besonders aber, weil er uns nicht in den Kreisen der hiesigen Gesellschaft haben, weil er nicht den Zeugen seiner zweifelhaften Vergangenheit in den Salons seiner Heimath begegnen mochte. Deshalb warnte er den Baron, deshalb hinterbrachte er Fräulein von Reina jene scandalösen Geschichten.“

„Es ist mir immer noch unbegreiflich, wie Graf Falkenburg so kopflos handeln konnte,“ sagte Ulrich, sich an die Stirn greifend, es fing ihm selbst an, ganz confus zu werden. „Ihm hätte ich dergleichen am wenigsten zugetraut.“

„Verleumde nur immer frisch darauf los, etwas bleibt doch hängen, war ein lateinisches Citat, das mein

verstorbenen Gatte oft gebrauchte und mir übersetzte,“ lächelte Madame d'Arcourt.

„Der Graf hat sich übrigens wohl gehütet, seine Verleumdungen noch weiter zu tragen. Ist Ihnen in Ihren Kreisen etwas davon zu Ohren gekommen?“

Ulrich verneinte; daß er die Geschichten aus Falkenburgs Munde gehört habe, verschwieg er.

„Er wußte, daß die Personen, denen er sie mittheilte, durch ihre Stellung zu uns gezwungen waren, sie geheim zu halten, denn glaubte sie der Baron selbst und ließ sich dadurch zum Abbrechen der Beziehungen zu uns bestimmen, so mußte ihm und seiner Tochter doch daran liegen, daß nichts davon an die Öffentlichkeit drang.“

„Warum ziehen Sie aber den Grafen nicht zur Rechenschaft?“ fuhr Ulrich auf. „Warum hat ihn der Oberst nicht gefordert?“

„Nächst Euch selber nicht, meine Lieben, sondern gebet Raum dem Zorn; die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr!“ verließ Madame d'Arcourt feierlich. „Er wird seiner Strafe nicht entgehen, Sie sehen ja, uns hat er nicht geschadet.“

„Das hat er doch, er hat Leontine in einer Weise gegen Sie eingenommen, daß kaum jemals sich ein freundliches Verhältnis zwischen Stiefmutter und Stief-tochter herstellen wird.“

Madame schüttelte mit mildem Lächeln das Haupt. „Da habe ich besseres Vertrauen zu der guten Natur Ihrer Cousine, ich hoffe Alles von meinem Zusammenleben mit ihr.“

Wähler! Parteigenossen!

Wirket mit aller Kraft dafür, daß unsere beiden Kandidaten aus dem ersten Wahlgange als Sieger hervorgehen.

Mit verkürzter Arbeitszeit und erhöhtem Lohne, sagt das Organ des Arbeitervereins, sei den Wünschen des Proletariats noch lange nicht genügt. Noch weniger hätten ihm die von den bürgerlichen Demokraten verlangte Rede- und Pressefreiheit, sammt dem Associationsrecht, den Schwurgerichten u. s. w., denn alle diese an sich ja sehr schönen Güter machten das Volk nicht satt. Gebt dem Volk sein Recht, schreiben die „fliegenden Blätter“, Bourgeois, schafft die Sklaverei der Arbeit ab, so werdet Ihr Ruhe und Frieden haben. Sträubt Ihr Euch dagegen, so wird sich der Arbeiter sein Recht nehmen!

Dem volksfreundlich thucenden Liberalismus, wie er sich jetzt in der freisinnigen Partei breit macht und für die bevorstehende Reichstagswahl Stimmen langem will, warf das Organ des Breslauer Arbeitervereins schon damals seine innere Hohlheit und Falshheit vor, „seine gedehnte Spreiztheit und Vornehmthuererei, seine wahrhaft göttliche Unverschämtheit im Ignorieren oder Regleugnen von Thatfachen, die ihm vor aller Welt ins Gesicht schlagen, sein ekelhaftes Maulschweithum, sein widerliches Kokettiren und Dahlen um Volksgunst und vor allem seine schamlose Selbstsucht“.

Damals, als sich die Breslauer Arbeiterchaft in der eben wiedergegebenen Weise als zielbewusste Vertreter der Socialdemokratie und als Feinde aller bürgerlichen Parteien erwiesen, war der gegenwärtige Reichstagskandidat der freisinnigen Partei Vorsitzender des Breslauer Arbeitervereins.

Die Breslauer Arbeiterchaft steht heute noch Mann für Mann und mit anerkanntester Treue zur Socialdemokratie und wie sie im Jahre 1848 zwei Socialdemokraten, den Professor Nees v. Ekenbeck und den Schriftsetzer Brill, in die preussische gesetzgebende Versammlung sandten, so werden sie am 15. Juni mit imposanter Majorität denen zum glänzenden Siege verhelfen, die sie als echte Socialdemokraten erkannt haben

Tuzauer und Schoenlank.

Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die unteren Postbeamten.

Aus postalischen Kreisen wird geschrieben:

Seit Jahr'sfrist weht durch die Scharen der unteren Postbeamten ein frischer Wind. Die Postassistenten erkennen das Ungewisse ihrer Lage, ihre Abhängigkeit, ihre übermäßige Arbeitsleistung, ihre mangelhafte Besoldung; sie sehen ihre Ausschließung von den besseren Stellen, ihre systematische Niederhaltung, die ihnen zu Theil werdende Behandlung als nur „Nur“-Arbeiter. Aber während sie so in jeder Beziehung am eigenen Leibe verspüren, was es heißt, mit geringem Einkommen auf unterster Stufe unter

Zurückhaltung jedes freien Wortes weiterzuleben, wird bei ihnen das demokratische Gefühl, das Gefühl der Interessengemeinschaft mit dem arbeitenden Volke geweckt und zur vollständigen Reife gebracht. Sie rufen sich ins Gedächtnis zurück, daß sie selbst den arbeitenden Klassen entstammen, sie ordnen ihre Wünsche den zum Wohle der gesammten Arbeiterklasse dienenden Bestrebungen unter und unter Begrabung des Hasses und Bthätigung einer allumfassenden Liebe zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten kommen auch sie zu der Ueberzeugung, daß die Gier nach Erwerb und die Furcht vor Mangel die heutigen Verhältnisse geschaffen hat, daß erst andere bessere Zeiten kommen können, wenn nach Aufhebung des Privateigenthums der Productionsmittel der rücksichtslose Kampf um das Mein und Dein aufhören wird.

Bei den gesammten Post-Unterbeamten (Briefträger, Postkassierer, Landbriefträger, Stadtpostboten, Posthilfsboten) bedarf es solcher Einwirkungen nicht. Sie alle sind dem Proletariat entnommen, sie leben und leiden mit diesem, sie haben die gleichen Interessen wie dieses; eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, eine Erklarung der proletarischen Bewegung muß rückwirkend ihnen zu gute kommen, da sie Fleisch vom Fleische des Proletariats sind. So liegt bei diesen Beamten ein Zusammenmarschiren mit der Socialdemokratie in der Natur der Sache.

Beide Beamtenkategorien sind durch die Reichstagsauflösung und die am 15. Juni vorzunehmenden Neuwahlen an ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht erinnert worden. Auch bei ihnen heißt es, Stellung zu nehmen in diesem Streit: Für oder gegen die Militärvorlage.

Für die Vorlage stimmen, heißt Verzicht leisten auf alles, was Fortschritt bedeutet, heißt den Steuerdruck erhöhen, heißt dem Mitleid Militarismus alles das in den Rücken werfen, was zur Wohlfahrt Aller, auch zu einer Verbesserung unserer Lage dienen kann und soll, heißt auf Jahre hinaus jede Bessergestaltung unterdrücken. An den jetzigen ungeheuren Listen, die meist auf indirectem Wege aufgebracht werden und weil die nothwendigsten Lebensmittel belastend, den kleinen Mann am schwersten drücken, ist es doch nicht genug, — ein Ende dieser Steigerung nicht abzusehen. Wir würden uns und unseren Bestrebungen selbst das Grab graben, wollten wir ein Ja sagen. Nein und tausendmal Nein, so muß es auch aus unseren Reihen klingen.

Während alle anderen politischen Parteien zu Zugeständnissen in der Militärvorlage bereit sind, verhält sich vollkommen ablehnend nur allein die Socialdemokratie. Wird von ihr die Wahrung auch unserer Interessen sichergestellt? Ein Blick auf die Vorgänge des letzten Jahres giebt die richtige Antwort. In dem Kampfe der Postassistenten um das Coalitionsrecht für

Freiheit, Gleichheit und Recht eingetreten, hat die socialdemokratische Presse zugleich stets den Grundsatz verfolgt, daß dem Individuum künstliche Schranken in seiner Weiterentwicklung nicht gezogen werden sollen und daß die Postassistenten bei vorhandener Begabung auf höhere Stellen Anspruch machen können. Ebenso aber auch die Unterbeamten. Aber bei dieser Klasse liegen die Verhältnisse viel mehr noch im Argen. Abhängigkeit bis ans Lebensende, — alles zu Gewährnde ist vom „Wohlwollen“ der Behörde abhängig — übermäßige Arbeitsleistung, unzureichende Bezahlung, gänzlich unzulängliche Normirung des Wohnungsgeldzuschusses, Vorenthalten eines Erholungsurlaubs u., das sind in der Hauptsache die Punkte, die die socialdemokratische Presse und besonders der „Vorwärts“ immer und immer wieder in die Öffentlichkeit brachte. Fühlte die Postverwaltung sich nun genöthigt, auf alle diese Anklagen zu reagieren? O ja, nur fiel die Antwort anders aus, als wir uns in unserem „beschränkten Unterthanenverstand“ träumen ließen.

Die Postverwaltung erklärte im verstorbenen Reichstage auf die Interpellation des Abg. Bebel, daß der Wohnungsgeld-Zuschuß vollkommen ausreiche, da er ja nur ein „Zuschuß“ (!) sei; sie verherrlichte das System der Post-Vertrauensärzte, sie erklärte, von den Aufsehen erregenden Urlaubsverweigerungen, die Bebel aus Leipzig berichtete, nichts zu wissen; sie antwortete mit keinem Worte dem socialistischen Abg. Schmidt, der die Erhöhung der Gehälter der Land-Briefträger und Post-Hilfsboten forderte.

Unterbeamte! Jetzt gilt es wieder, auf fünf Jahre einen Reichstag zu wählen. Viel, sehr viel aber gilt es für Euch in den nächsten Jahren zu reformiren. Das Altersstufen-System harret seiner Geledigung. Mit diesem System zugleich muß eure etatsmäßige Anstellung nach feststehenden, für alle Bezirke gültigen Grundsätzen geregelt und eure unkündbare Anstellung, die jetzt erst nach 20—25 jähriger Dienstzeit eintritt, die aber von der Behörde bis zu 30 Jahren hinausgeschoben oder auch ganz verweigert werden kann — ganz wie es ihr beliebt —, mit einem früheren Zeitpunkte gesichert werden, eure tägliche Dienststundenzahl ist zu verringern, euer Anfangs- und Maximalgehalt zu erhöhen. Für den Sonntagsdienst ist Euch wie den Beamten in jedem Jahre ein Urlaub zu gewähren. Der Euch gewährte Wohnungsgeldzuschuß, der schon lange nicht mehr dem Stande der Miethspreise entspricht, für dessen Erhöhung aber Mittel nicht vorhanden sind, unterliegt im Jahre 1897 der Neuvertheilung.

Unterbeamte! Wie sich die Herrschenden die Verbesserung eurer Lage vorstellen, das zeigte der Ministerialdirector im Reichspostamt, Fischer, im Reichstage, als er Euch und eure Familien auf den Weg des Nebenerwerbs verwies. Jetzt habt Ihr zu zeigen, daß Ihr solche Art Aufbesserung verwerft, daß Ihr

Ulrich seufzte; er dachte an Leontine's grenzenlosen Abscheu vor diesem Zusammenleben.

„Vielleicht bahnen Sie mir auch den Weg; vielleicht erzählen Sie Fräulein von Reina, was Sie heute von mir erfahren haben?“

„Ja, das will ich und werde ich!“ gelobte Ulrich mit Wärme.

„Ich danke Ihnen, ich habe es nicht anders von Ihnen erwartet, aber ich fordere noch mehr.“

„Gebieten Sie über mich, Madame.“

„Sehen Sie, unter holbes Kind, wie es sich in so grenzenlosem Vertrauen an den Mann ihrer Wahl schmiegt,“ fuhr die Dame fort, durch die offen stehende Thür in den Salon deutend, wo Hortense mit dem Baron saß, und, ihren Kopf an seine Schulter gelohnt, mit ihm plauderte. „Sie giebt sich ihm mit voller Seele hin, verläßt Vaterland und Verwandte um sein-willen. Sollte je der Graf versuchen, Zwietracht in diese Ehe zu säen, den Baron seiner Gemahlin zu entfremden, so stehen Sie ihr schützend zur Seite.“

„Ich schwöre es Ihnen!“ rief Ulrich, dessen Blut durch die sich seinen Blicken darbietende Gruppe ohnehin in heißere Wallung gerathen war. „Lassen Sie mich den Bösewicht sofort vor meine Klänge forderern.“

„Gernach, gernach, junger Freund, keinen Schat!“ beschwichtigte Madame d'Arcourt, die Hand auf seinen Arm legend, den Aufbrausenden. „Wie das doch so gleich sprudelt und köcht und überschäumt, wie schnell ist die liebe Jugend mit dem Blutverspritzen bei der Hand. Nein, Herr v. Freiberg, es hieße Ihrer jungen

Lante einen schlechten Dienst leisten, wenn man sich in der Gesellschaft erzählte, Sie hätten sich ihretwegen wenige Tage vor der Hochzeit mit dem Grafen geschlagen.“

Ulrich senkte den Blick zu Boden, diese Bemerkung war unwiderleglich.

„Wir haben Hortense die ärgerliche Geschichte geheim gehalten, ihre holde Unbefangenheit sollte durch nichts getrübt werden, dadurch ist sie freiwillig ihrem Feinde urgewarnt gegenüber; nicht wahr, Sie wachen über sie?“

Sie reichte Ulrich die Hand, welche dieser an seine Lippen drückte.

„Da Sie sich nun zu Hortensens Fittler geweiht haben,“ fügte Madame d'Arcourt hinzu, „mögen Sie auch noch diesen letzten Beweis meines Vertrauens erhalten.“ Sie reichte ihm zwei Briefe, die Ulrich hastig überflog. Beide waren von Graf Falkenburg unterzeichnet und zu verschiedenen Zeiträumen geschrieben. In dem einen wurde Madame d'Arcourt gebeten, gewisser, ärgerlicher Vorkommnisse in Rom nicht zu erwähnen, im zweiten warnte er als Freund, sich auf eine nähere Verbindung mit Baron Reina einzulassen, und fügte etwas geheimnißvoll hinzu, man werde, wenn sie diese Warnung nicht beachte, Mittel finden, die Verbindung zu hintertreiben.

„Darum haben Sie meinem Onkel diese Briefe nicht gezeigt?“ fuhr Ulrich auf.

„Weil ich kein Duell wollte,“ jagte Madame d'Arcourt ruhig. „Ich zeige sie Ihnen, damit Sie im

entscheidenden Augenblicke eine scharfe Waffe gegen den Grafen finden.“

„Darf ich sie nicht meiner Cousine vorlegen?“

„Verzeihung, Herr von Freiberg, die Briefe gebe ich nicht aus den Händen.“ Sie faltete sie zusammen und legte sie wieder in die Mappe. „Fräulein v. Reina wird Ihrem Worte glauben.“

Ulrich war nach dem Benehmen, das Leontine in letzterer Zeit gegen ihn eingenommen, dessen nicht so ganz sicher, konnte aber nichts dagegen sagen.

„Rehren wir jetzt in den Salon zurück,“ sagte Madame aufstehend, „und lassen Sie das Kind von dem Inhalt unserer Ueberredung nichts merken.“

Sie schritt voran, Ulrich folgte ihr und bald hatte Hortense ihn in das Gespräch gezogen. Mit schwerem Herzen und brennendem Kopf kehrte er an diesem Abend in seine Wohnung zurück. Ganz das Gegentheil von dem, was er Leontine versprochen, war geschehen. Er hatte nicht Hortense entlarvt, sondern es war seine Pflicht, als ihr Anwalt vor seine Cousine zu treten. Glaubte ihm Leontine nicht, so war er in einer entsetzlichen Lage, denn er stand beschimpft vor ihr und konnte das Versprechen, das er Madame d'Arcourt gegeben hatte, nicht einlösen; glaubte sie ihm, so schänten sich Stiefmutter und Stieftochter aus, er war gebunden an die Frau, die, das hatte er längst erkannt, seine Liebe nicht besaß, ward der Schwieger-sohn derjenigen, die er wahnsinnig liebte. Wie es auch kam, Hortense war für ihn verloren, das war das Schlimmste. (Fortsetzung folgt.)

Parteigenossen!

Agitirt für Eure Presse, die „Volkswacht“, die beste Waffe im Wahlkampf.

erkannt habt, wie innig Eure Verhältnisse mit denen der Arbeiterklasse zusammenhängen, daß eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne auch Euch zu Gute kommen muß, daß die Socialdemokratie als die Vertreterin der arbeitenden Klassen auch Eure wahre Vertreterin ist.

Unterbeamte! Die Härten des Capitalismus, ob er jüdisch oder christlich ist, habt Ihr in Eurer dem Post dienste vorausgegangenen Beschäftigung in der Industrie, dem Handwerk u. s. w. gefühlt; Ihr fühlt jetzt aber auch die Härten des staatlichen Capitalismus täglich; Ihr habt erkannt, daß keines aller Uebel aus der Welt geschaffen wird durch Verhätigung eines Rassenhasses, der Euch nur zum Vorspann reactionärer Bestrebungen macht, — Bestrebungen, die nicht Euch zum Wohle erreichen, sondern Anderen, denen Ihr die Kastanien aus dem Feuer holen sollt.

Darum, Postassistenten, wenn Euch noch das Herz schlägt für die Ideale der Menschheit, für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, darum, Unterbeamte, wählt Männer in den Reichstag, die dort Eure berechtigten Forderungen mit Nachdruck vertreten, wählt Männer, die dem Andrängen des Militarismus das entschlossene Nein! entgegensetzen, wählt einen Socialdemokraten!

Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan.

Man schreibt dem „Vorwärts“:
Es ist das Verdienst des „Vorwärts“ und der socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, die betäubende Lage der Post-Unterbeamten wiederholt mit Erfolg zur Sprache gebracht zu haben. Wir erinnern an den im „Vorwärts“ veröffentlichten Schulze-Erlaß, betreffend die Auswucherung der Post-Unterbeamten durch gewerbsmäßige Gelddarleher, ferner an die Schwurgerichtsverhandlung in Elberfeld, wo die Geschworenen und Richter für einen zu vier Monaten Gefängniß wegen Unterschlagungen verurtheilten Post-Unterbeamten sofort ein Gnadengesuch besurwortet und eine freiwillige Sammlung veranstaltet haben; wir erinnern weiter an die im „Vorwärts“ geschilderten Wohnungsverhältnisse der Post-Unterbeamten und an die Post-Spar- und Vorschußvereine, die im Jahre 1890 nicht weniger als 28,445 Vorschuße im Gesamtbetrage von 4 1/4 Millionen Mark und im Jahre 1891 sogar 31,835 Vorschuße im Gesamtbetrage von 4 3/4 Millionen Mark gewährt haben. Bei der dritten Berathung des Postetats im März d. J. hat Excellenz Paul David Fischer unter anderem zugeben müssen, daß das Anfangsgehalt der Unterbeamten nicht einmal bei der Preussischen Eisenbahn-Verwaltung so niedrig ist, wie bei der Reichs-Postverwaltung. Nach dem

Postetat werden die Land-Briefträger mit 650 Mk., die Paketträger und Stadtpostboten mit 700 Mk. und die Postschaffner und Briefträger mit 900 Mk. „etatsmäßig angestellt“. Aber die große Mehrzahl aller Postunterbeamten in den Provinzialstädten und auf dem Lande bezieht nur einen Tagelohn von 1,50 Mk. Hierfür sind im Postetat bei Titel 34 und 35 mehr als 21 Millionen Mark angelegt. Von den 131,317 Beamten und Unterbeamten der Reichs-Postverwaltung sind im Ganzen noch nicht einmal 58,000 Beamte und Unterbeamte etatsmäßig angestellt; alle anderen sind Diätäre oder richtiger Tagelöhner. Zieht man noch in Betracht, daß nach der Statistik des Herrn von Stephan die Postunterbeamten reich mit Kindern gesegnet sind, so ist es im Hinbl. auf die bestehenden Gesetze zwar nicht zu rechtfertigen, aber doch milde zu beurtheilen, wenn einzelne Postunterbeamte zu Weihnachten oder Neujahr von Geschäftshäusern Geldbeträge als Geschenke angenommen haben. Man lese den folgenden neuen Erlaß:

Be. ltn C, 18. Mai 1893.

In neuerer Zeit sind wiederum Fälle zur Kenntniß des Reichs-Postamts gekommen, in denen Beamte zu Weihnachten von Geschäftshäusern Geldbeträge als Geschenke angenommen haben, obwohl die Annahme solcher Zuwendungen wiederholt als unstatthaft bezeichnet worden ist. Gegen die pflichtvergessenen Beamten ist mit Strenge eingeschritten worden.

Die kaiserlichen Verkehrsanstalten werden mit Bezug auf die Verfügungen vom 13. März 1876, B 3330, und vom 23. Januar 1880, B 830, veranlaßt, dem nachgeordneten Personal von Vorstehendem Nachricht zu geben, die Herren Amtsvorsteher wollen mit Strenge darauf halten, daß das Verbot der Annahme von Weihnachts- und Neujahrsgechenken durchweg beachtet wird.

Der kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheimer Ober-Postrath
Griesbach.

B. 15021.

Es ist die bekannte postalische Milde, genannt „Wohlwollen“!

Ob nunmehr auch die berühmten recommandirten Neujahrswünsche aufhören werden? Wir erwarten es! Aber so lange die dem Staatssecretär des Reichs-Postamts unterstellte „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ Geschenke und Zuwendungen von Lieferanten der Post annimmt (siehe die Dankflagungen), so lange wird es wohl beim Alten bleiben. Wir sind allerdings gegen alle Geschenke und Trinkgelder und werden nach wie vor eine bessere Bezahlung der schwer geplagten Post-Unterbeamten erstreben.

Politische Rundschau. Deutschland.

Branntweinmonopol in Sicht! Die „Westdeutsche Allg. Ztg.“ in Köln ist in der Lage, einen Gesetzentwurf zu veröffentlichen, den zu Anfang dieses Jahres

ein Kreis süddeutscher und pfälzischer Brennereibesitzer ausgearbeitet und der durch die Herren Karl Lucke-Patershausen und Rob. Sinner-Karlsruhe dem Reichskanzler wie dem Bundesrath unterbreitet worden ist. Der Gesetzentwurf habe daselbst, wie die „Westd. Allg. Ztg.“ aus Süddeutschland aus guter Quelle erfahren hat, Billigung gefunden und werde „zweifellos dem Reichstage im Falle der Annahme der Militärvorlage zugehen, vielleicht mit einigen unwesentlichen Aenderungen“. Aus den in der „Westd. Allg. Ztg.“ abgedruckten Paragraphen entnehmen wir folgende hauptsächlich Bestimmungen:

§ 1. Aller für das Inland zu Trink- und sonstigen Zwecken des Verbrauchs hergestellte Branntwein gehört gegen Erstattung der Herstellungskosten der Reichs-Verwaltung.

§ 2. Der zu Trink- und sonstigen Zwecken des Verbrauchs für das Inland herzustellende Branntwein wird seiner Menge nach von der Reichs-Verwaltung alljährlich festgesetzt.

§ 3. Die von der Reichsverwaltung alljährlich festgesetzte Menge Branntwein wird auf die vorhandenen Brennereien nach Maßgabe der Contingente vertheilt, die dieselben vor Erlaß dieses Gesetzes gehabt haben.

Des Weiteren soll der gereinigte Branntwein den Herstellern von Trinkbranntwein zu einem Preise, der gleich ist den verauslagten Gesehungs- und Reinigungskosten zuzüglich des von der Reichsverwaltung gemachten Zuschlags, überlassen werden. Die Bestimmung über die Höhe des Zuschlags ist offen gehalten. — Die erste „Luxus“steuer wäre also glücklich ausgedacht. Daß sie, wäre sie gesetzlich eingeführt, dem Reichsäckel jährlich viele Millionen einbringen würde, unterliegt keinem Zweifel. Daß aber diese Millionen, mit denen man den unersättlichen Magen des Militarismus füttern will, aus der Tasche der Besitzenden genommen werden, wird nicht einmal ein Luxussteuer-Schwärmer, wie Herr Moritz Birth, behaupten wollen. — Doch wozu braucht das Volk Schnaps zu trinken? Wasser thut's ja auch!

Des „großen“ Mannes Heiner Sohn — wir meinen diesmal ausnahmsweise nicht Hans Blum, sondern den Grafen Herbert Bismarck — schwingt gegenwärtig bei der Wahlagitiation für seinen Vater die Weihrauchpfanne und schimpft dabei aus Leibeskräften auf den Grafen Caprivi. So sagte er unter Anderem in Genthin:

Außer an das Fiasko mit den Handelsverträgen, die in unserem dadurch bedrückten Volk bedauerlicherweise mit der Zeit Abneigung gegen das bevortheilte Oesterreich hervorrufen würde, sei nur zu erinnern an die Colonialpolitik, an Kronstadt, an die durch den Namen Stabilewski gekennzeichnete Polenpolitik, welche den russischen Nachbar feindlich mache, an die Italien betreffenden Reichstagsreber und dergl. mehr. Jeden Partikolen müßten die betreffenden Evolutionen mit Sorge erfüllen, und der verantwortliche Reichskanzler sollte sich bei der ihm vom Freisinn zu Theil werdenden Anerkennung an die Moral der alten Fabel erinnern:

Die Irtsinnige von Ostende.

Von Felix Pyat.

Uebersetzt aus dem Französischen von R. B.

(Fortsetzung.)

Es war in der That der Hauswirth, wie es deren unglücklicherweise sehr viele giebt, einer dieser Barone, welche eigene Häuser haben und liegende Güter besitzen. Einer von denen, welche an Stelle der Gewalt Herrschaft die Herrschaft des Geldes gesetzt haben, welche letztere eben so grausam für die Armen ist als ehemals die Adels Herrschaft.

Dieser, welcher soeben in die Thür trat, war ein doppelter Eigenthümer, seine Besitzthümer befanden sich zu Wasser und zu Lande; er trieb zwei entgegengesetzte Gewerbe. Er baute ein Haus nach dem andern, sandte ein Schiff nach dem andern auf das Meer und zog von beiden Elementen Zinsen. Von Gestalt war er häßlich und abschreckend, er war noch unerbittlicher und grausamer als ein simpler Gutbesitzer. In England hat man ihn mit einem Haifisch verglichen. Ein menschenfreundlicher englischer Deputirter, Mr. Plimsoll nannte diese Art Leute Neuchelmörder, ihr „Eigenthum“ geraubtes Gut, ihre Schiffe Särge. Es war dieses nämlich einer von der Sorte Menschen, von denen Plimsoll mittheilte, daß sie alte Schiffe für ein Lumpengeld aufkaufen, Schiffe, die zu jeder Seefahrt unfähig sind, sie nur soweit ausbessern, damit sie während der Fahrt untergehen müssen und sie zu un-

geheuren Preisen versichern. Die unglückliche Bemannung kommt gewöhnlich bei der Fahrt um oder wird im günstigsten Falle schiffbrüchig und die Blutsauger stecken die Versicherungssumme ein.

Unser Patron von Ostende war ein solches Ungeheuer, welches Hunderte von Menschenleben auf dem Gewissen hat. Er war in Leibrock und Paletot eingehüllt, seine Hände steckten in Pelzhandschuhen und die Füße in dem feinsten Schuhwerk, durch welches keine Feuchtigkeit und Kälte bringen konnte. Er war ein dicker, fetter Mann, stets lustig, wenn er das Elend seiner Lohnsklaven sah, durch deren Noth er zu seinem Reichthum gelangt war. Sein Bauch, dicker als die Brust, ließ dem Herzen nur wenig Platz.

„Donnerwetter“, sagte er im Eintreten, „ich komme, um mich davon zu überzeugen, ob Sie mich dieses Mal pünktlicher als das vorige Mal bezahlen können. Sie sagen gewöhnlich, daß Sie den Tag verpassen, wo Sie bezahlen müssen. In diesem Jahre jedoch werde ich keinen Aufschub dulden. Ich sage es Ihnen vorher, daß Ihre Miethe übermorgen fällig ist. Ich warne Sie vorher, merken Sie sich das.“

„Ach Herr“, antwortete die junge Frau jaghaft, „wir können an dem besagten Tage nicht bezahlen. Wir haben keine Arbeit und kein Geld. Bedenken Sie das schlechte Wetter, welches meinen Mann seit länger als acht Tagen von der Arbeit hält.“

„Das geht mich nichts an“, versetzte der Besitzer. „Aber lieber Herr“, antwortete der Fischer demüthig, „warten Sie bis zu der Zeit, wo ich wieder

die See befahren kann. Ich wollte noch in dieser Woche meiner Arbeit nachgehen, um das zu verdienen, was ich Ihnen schuldig bin, aber seit acht Tagen ist das Meer nicht zu befahren, es wird von Tag zu Tag wüthender. Ueberzeugen Sie sich davon!“

In der That, das Meer war so aufgeregert, daß es seinen Schaum bis ins Zimmer warf.

„Das geht mich nichts an“, wiederholte der Besitzer gleichmüthig.

Und als er die arme Frau weinen sah, ließ er sich herab, ihr die Gründe für seine Unbeugbarkeit anzugeben.

„Man muß Vorsichtsmaßregeln treffen“, fügte er in widerlichem Tone hinzu, „Sie dürfen nicht den Sturm abwarten, außerdem ist das Brot dauerhaft. Sie sind Müßiggänger und Verschwender. Sie müssen stets arbeiten, soviel Sie nur irgend können und das ganze Jahr hindurch sparsam sein, damit Sie mich bezahlen können.“

„Aber, mein Herr“, versetzte der Miether, „Sie wissen doch, daß wir arbeiten, soviel in unseren Kräften steht, daß wir von der Hand in den Mund leben und daß es uns schwer fällt, uns ehrlich durchzuschlagen. Der geringe Arbeitslohn für die Woche geht für die Bedürfnisse der Woche drauf. Was mir die Fischerei einbringt an Lohn, reicht kaum hin, den Väter zufriedenzustellen, so daß ich kaum etwas zurücklegen kann, um Ihnen die Miethe zu bezahlen.“

„Das geht mich nichts an, Geld oder hinaus aus der Wohnung“, schrie der Besitzer. (Fortf. folgt.)

Wenn Feine Kunst dem Kenner nicht gefallt,
So ist das schon ein schlechtes Zeichen,
Doch wenn sie erst der Stümper Lob erhält,
So ist es Zeit, sie auszutreiben."

Auf ein solches Ausstreichen, d. h. auf eine Umkehr zu den bewährten früheren Traditionen müsse der neue Reichstag hinarbeiten, und um dies Ziel zu erreichen, müßten Männer hineingewählt werden, die nicht politische Weiterfahrungen seien.

Wir haben wahrhaftig keine Ursache, dem Grafen Caprivi besonders hold zu sein; aber der Gerechtigkeit halber müssen wir doch sagen, daß der Staatssecretär a. D., der sich in der Samoa- und Carolinensfrage, sowie in der berückichtigten Wohlgefühlsfrage vor ganz Europa unsterblich blamiert hat, doch besser thäte, zu schweigen, anstatt die diplomatischen Leistungen anderer abfällig zu kritisieren.

Der Vater des geheimen Wahlrechts wüthet in den „Hamb. Nachr.“ wieder einmal gegen das ungerathene Kind, das ihm bei seinen Eheleuten so viel Kummer bereitet, daß er 1890 eines seligen politischen Todes starb. Wir haben längst gewußt, daß Fürst Bismarck schon seit Jahren den Tod veranlaßte, an dem er dem deutschen Volk in Gnade das zweifelhafte Schwert des directen geheimen Wahlrechts schenkte. Aber es ist doch späßhaft zu sehen, wie der Ex-Reichskanzler augenblicklich sich bald der Krone gegenüber als Verteidiger des Parlaments ausspielt, bald seinem jüngerlichen Quid gegen alles, was Volksrecht heißt, die Fackel schenken läßt. Wüste man nicht, welche Hintergedanken dem gehässigen Kanzler a. D. bei seinen journalistischen Kreuz- und Querzügen leiten, so wäre man versucht, den alten Herrn für schwachsinzig zu halten.

Die Nationalliberalen unter sich. Am 19. hannoverschen Wahlkreise, wo 1890 Bismarck gewählt worden ist, geht es recht munter zu. Während unsere Partei jenseit vorwärts, ist unter den Nationalliberalen und verwandten Cartellbrüdern eine heftige Fehde entbrannt. Der Ex-Präsident, Herr Schöof, der Sattler stritten um die Palme des Durchfalls. Endlich ist Schöof, der nationalliberaler Landtags-Abgeordneter ist, zurückgetreten. Die „Nationa.-Zeitung“ stellt ihm folgendes Resümee aus:

„Herr Schöof hat allerdings durch die mancherlei Vorgänge nicht gerade ein sehr glänzendes und eine von den Nationalliberalen, die Sattler werden die Untercomité von Göttingen, die und Nankens eine gewisse Erfahrung hat ihm in Beziehung auf die eigenartige Rolle, welche er schon bei der Wahl des Fürsten Bismarck 1891 gespielt hat, einen Vorzug. Es trägt in der übrigens vor dem Reichstag Schöofs rühmlichen Kundgebung:

„Die Stunde ist zu ernst, als daß wir nicht die Pflicht erkennen sollten, unter Beachtung mit Herrn Schöof ins Reine zu bringen. Herr Schöof hat 1891 mit den Vertretern und dem Priester dieses Wahlkreises und der ganzen Nation ein treuehaft leidenschaftliches Spiel getrieben. Sam. übernommenen Garantien hat Herr Schöof nicht erfüllt, seine Verpflichtungen nicht erfüllen können. Herr Schöof hat ein Vierteljahrhundert im Abgeordnetenhaus der nationalliberalen Partei angehört, und nachdem die Partei diesen Tag unlängst feierlich begangen hat, macht er, ein Offizier der Partei, sich an die Arbeit, mit von langer Hand wohl überlegtem Plan, ihr einen Wahlkreis, der zu den Führern der nationalliberalen Partei gehört, zu rauben, indem er uns einen der unterwürdigsten Streber aufzudrängen sucht, der sich offen zu Parteigrundrissen bekennt, die den unglücklichen mehr entgegen sind, als die von uns einer Partei rechts und links rechen uns. Wir hatten erwartet, zu dem Verzicht des Herrn Schöof an seiner eigenen Partei würde von einer autoritativen Stimme Stellung genommen werden, wie wir auch wohl gedacht haben, Herrn Schöofs Tod gestützt hätte zu weit mit dem unglücklichen übereinstimmen, daß er es nicht mehr für schicklich hielt, ferner einer Partei anzugehören, in deren Rufe er nur noch die Rolle des Jubas Schariotz nach vollbrachter That spielen kann. Das „Liberal“ hat Herr Schöof in den Augen unserer Wähler gründlich verlor."

Recht herzlich gesprochen für die Partei „von Bildung und Beiß!"

Es wird immer hübscher. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen erläßt folgendes Rundschreiben an die Stabsbeamten der Provinz:

„Kirchlicherseits wird darüber Klage geführt, daß die Annahme von Eheschließungen an Sonnabenden vielfach zu Unmuthigkeiten führt und insbesondere auf das kirchliche Leben schädlich einwirkt. Die Geistlichen mühen sich durch die Annahme von Trauungen am Sonnabend von ihren Vorbereitungen auf die sonnliche Amtstätigkeit in unerwünschter Weise ablenken lassen. Vor allem aber würde durch die mit den Hochzeiten verbundenen Festlichkeiten und Unruhezeiten, welche sich oft bis in den Sonntagmorgen fortsetzen, die Sonntagshelligung geschädigt und den Theilnehmenden der Reich des Götterdienstes unmöglich gemacht."

Diese Klagen sind zweifellos begründet. Die erwähnten Missethate werden sich aber ohne besondere Schwierigkeiten nicht völlig beseitigen, so doch wenigstens vermindern lassen, falls die Stabsbeamten im Verein mit den Geistlichen dahin wirken, daß die Eheschließungen thunlichst auf andere Tage, als gerade auf die Sonnabende verlegt werden. In den ländlichen Bezirken und den kleineren Städten wird es dem persönlichen Einfluß der Stabsbeamten nicht leicht in den allermeisten Fällen gelingen, auf die Theilnehmenden

bei der Festsetzung des Tages der Eheschließung in dieser Weise einzuwirken."

Kein Gesetz giebt dem Oberpräsidenten das Recht zu einer solchen Verfügung, die übrigens in ihrer unwillkürlichen Schönheit für sich selbst spricht. Das Civilstandesgesetz erlaubt es an keiner Stelle, Eheschließungen an bestimmten Tagen auszuschließen. „Wir“ sind sehr „fromm“ heutzutage."

Aus der Schule geplaudert hat in der am Sonnabend Nachmittag in Preßwahl abgehaltenen conservativen Versammlung ein Dr. Große. Er sagte: „Die Gefahr eines Krieges nach Außen ist nicht so groß, wie die eines solchen nach innen, denn beachten Sie doch das riesige Anwachsen der Socialdemokratie; ist in allen Wahlkreisen haben sie Candidaten aufgestellt, hoffentlich wird ihnen der Sieg nicht gelingen. Aber um einen Sieg gegen die Socialdemokratie zu ermöglichen, ist es unbedingt nothwendig, mit allen Mitteln gegen sie vorzugehen. Um aber bei einem etwaigen Siege der Socialdemokratie diese im Zaume halten zu können, müssen wir die neue Militärvorlage durchbringen."

Wohlthätig äußerte sich auch Herr Mebert in einer Versammlung in Glaubitz am letzten Sonntag.

Nationalliberale Stillblüthen. In einem bluttriefenden Flugblatt, das die Currahren im ersten badischen Wahlkreise verbreiteten, um durch Angstmacherei den Wähler für ihren Candidaten zu fördern, findet sich gleich in den ersten zwei Sätzen eine köstliche Bütthe nationalliberaler Logik. Es heißt da: „Die Weisheit des Reichstages hat ihre patriotische Pflicht verkannt, er ist deshalb aufgelöst worden. An Euch ist es, diese Verfündigung am deutschen Volke wieder gut zu machen!" (Wir glauben kaum, daß die Nationalliberalen dem Kaiser den Vorwurf machen wollen, daß er sich durch die Auflösung am deutschen Volke verüßigt hat, aber sie haben es geschrieben.) „Nochmals: Er ist deshalb aufgelöst worden. An Euch ist es jetzt, diese Verfündigung wieder gut zu machen."

Auf was kann sich diese Verfündigung anders beziehen, als auf die Auflösung? Haben Sie das wirklich sagen wollen? Nein, für so hochverrätherisch halten wir die Currahren nicht, aber die „Franzosenjurcht" scheint ihnen bereits die Sinne verwirrt zu haben.

Die Politik der unpolitischen Kriegervereine begeisterte einen Kameraden zu folgenden schönen Wahlversen, die die „Barce", die amtliche Zeitung des „Deutschen Kriegerbundes", veröffentlicht. Es heißt darin:

Ein jeder muß jetzt an die Urne treten.
Damit wir zeigen, daß die Krieger treu
Kein leeres Schall, nein, laute Wahrheit sei!

Wen wir zu wählen haben, ist gewiß
Nur solcher Mann, der, wie er sonst auch richtet
Und fröhlich das, was man eingebracht,
Für dies Gesetz zu stimmen sich verpflichtet.

Aber deshalb treiben die Kriegervereine immer noch keine Politik!

Ein Theologe über die christliche Nächstenliebe unserer Herren Pastoren. Der Theologiecandidat Wangemann, welcher im vorigen Herbst „als Handwerkerliche" Norddeutschland durchstreifte und bei dieser Gelegenheit in Oldenburg mit unserem damals auf Agitation befindlichen Genossen Grillenberger ein Rencontre in einer Militärprotectorversammlung hatte, berichtete auf dem jüngst in Berlin abgehaltenen „evangelisch-socialen Congreß" über die Beobachtungen, die er auf seiner dreimonatlichen Tour durch Hannover und Westfalen über die christliche Nächstenliebe der Geistlichen und Gebildeten gemacht hatte. Er habe im Arbeiterzuge bei verschiedenen Predigern vergeblich um Unternehmung nachgesehen. Sein Ansprechen um Arbeit sei die ganzen drei Monate hindurch erfolglos gewesen. In Hamburg habe er nach dem Gottesdienst einen berühmten Geistlichen ersucht, ihm zur Erlangung von Arbeit behilflich zu sein; der habe ihn aber einfach stehen lassen. Auch die Behandlung, welche die Organe der Regierung den Arbeitslosen angedeihen lassen, sei vielfach verlegend.

Es ist gut, wenn diese Herren solche Erfahrungen am eigenen Leibe machen. Wir sind der Meinung, daß jeder Richter, welcher über Handwerkerliche und sonstige Arbeitslose wegen sogenannter „Bagabundage" aburtheilt, selbst drei Monate auf der „Walz" gewesen sein müßte. Die Urtheile solcher Richter würden ganz anders ausfallen, als die der jungen Herren Amterichter, die die Welt häufig bloß durch die Brille des Corpsstudenten kennen gelernt haben.

Die Soldatenerkrankungen im 8. Infanterie-Regiment in München betragen weit über 600 Mann, wie das „Vaterland" gestern meldet, und

zwar sollen die Erkrankungen von der Verabreichung verdorbener Conserven herrühren! — Ein nettes Zeichen für die Fürsorge für die Soldaten in unseren Feriencolonien! Und wer wagt da noch, die Nothwendigkeit der Militärvorlage anzuzweifeln, die weitere 70,000 Mann mit dieser Fürsorge beglücken will?

Die Moral der Besitzenden. Aus dem Heer der Heirathsgesuche, denen man in gewissen bürgerlichen Blättern tagtäglich begegnet, verdienen die folgenden beiden, die wir in der Sonntagsnummer der „Voss. Ztg." finden, wieder einmal besondere Beachtung. Die eine lautet: „Schwiegereltern mit gutem, zur Uebernahme beherrschtem Geschäft sucht gewiegter, 28-jähriger, coangelischer Kaufmann." Und die andere: „Heirath. Gräfin zu werden ist reicher Dame Gelegenheit geboten. Discretion Ehrensache, anonym unberücksichtigt." Bemerkenswerth ist, daß in dem ersten Inserat von dem Mädchen, das geheirathet werden soll, und in dem zweiten von dem Manne, der sich heirathen lassen will, mit keiner Silbe die Rede ist. Damit sind wir denn endlich beinahe bei der einfachsten Form des Heirathgesuchs angekommen, in der obige beide Anzeigen etwa lauten würden: „Ein gutes Geschäft wird zu heirathen gesucht, und: „Der Titel „Gräfin" kann geheirathet werden." Das wäre gemein, nicht wahr? Aber es wäre wenigstens ehrlich. So lang der Inserirende sich um dieses offene Geständnis, daß er sich verkaufen, also prostituiren will, herumdrückt und eine d. centere Form des Delusches wählt, trägt der Bourgeois kein Bedenken, die auf Grund eines solchen Handels zu Stande gekommene Ehe „heilig" zu nennen. Die armen Geschöpfe, die sich für ein paar Groschen oder Mark prostituiren, verachtet er; wo der Kaufpreis in einem Vermögen oder einem Titel besteht, da erscheint ihm die Sittlichkeit des „Bundes" unantastbar.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Kalnoky's Rede ist den militärfrommen deutschen Blättern, „Kreuz-Zeitung", „National-Zeitung" u. s. w., sehr peinlich gewesen. Sie haben darüber gescholten und werden dafür von den österreichischen Officiösen derb gezaust. In dem von Koloman Tiska und May Falk unterzeichneten Berichte des Ausschusses der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten heißt es wörtlich über den Dreibund:

„Der Herr Minister des Auswärtigen hat mit der größten Bestimmtheit erklärt, daß die zwischen unserer Monarchie, Deutschland und Italien bestehenden Beziehungen heute noch ebenso intim und fest seien, wie sie es jemals gewesen, und er sprach gleichzeitig die begründete Hoffnung aus, daß dies auch fernerhin so bleiben werde. Und wenn dessen ungeachtet der Kaiser in der Eröffnungsrede dieses Dreibundes nicht besonders gedachte, so liege der alleinige Grund dieses Stillstehens darin, daß der Bestand und die Fortdauer dieses Bündnisses außer allem Zweifel stehen. Der Herr Minister des Auswärtigen hat gleichzeitig hinzugefügt, daß — wie dies auch der Kaiser erklärte — die Beziehungen unserer Monarchie zu allen Mächten, ohne Ausnahme, sehr freundschaftliche seien, und eben dies ist es, was die Ansicht als vollkommen berechtigt erscheinen läßt, daß auch ohne äußerlich wahrnehmbare Veränderung die allgemeine Lage eine Wendung zum Besseren genommen hat, und daß jene allgemeine Auffassung, wonach das Gefühl der Sicherheit und die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens sich überall gekräftigt hat, den thatsächlichen Zuständen vollkommen entspricht. Diese Auffassung ruht insbesondere auf der Erfahrung, daß einerseits die rein defensiven Zwecke des Dreibundes richtiger erkannt und unbeständiger beurtheilt werden, daher auch außerhalb des Kreises der Theilhaber dieses Bündnisses die Ueberzeugung immer mehr Terrain gewinnt, daß dieses Bündniß keinerlei aggressive Ziele verfolge, sondern daß dasselbe ausschließlich und, soweit dies menschenmöglich, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Andererseits habe auch ebenfalls die Erfahrung erwiesen, daß dieses Bündniß sich stets siegreich behauptete gegen jeden, von was immer für einer Seite kommenden und zu was immer für einem Zwecke unternommenen Versuch, welcher auf die Einschütterung seiner Festigkeit abzielte. Diese zweifache Erfahrung, welche jede Action gegen den Dreibund einerseits als unnöthig, andererseits als völlig aussichtslos erscheinen läßt, hatte zur Folge, daß an diesem Bündnisse nicht nur diejenigen unwandelbar festhalten, welche darin die Grundlage ihrer auswärtigen Politik erblicken, sondern daß sich dabei auch diejenigen allmählig beruhigen, welche darin eine Zeit lang eine Gefährdung ihrer eigenen Interessen sehen wollten."

Unseren Kriegshehernen, Kosaken- und Franzosenwindlern, denen jedes Mittel recht ist, um die Wähler für die Vorlage zu fixiren, halte man diese amtliche Rundgebung, die Friedensluft athmet, entgegen. Sie genügt.

Aus Böhmen wird uns geschrieben: Die socialdemokratische Landesvertretung von Westböhmen hat nicht weniger als 17 Volksversammlungen mit der Tagesordnung: Das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht, anberaumt. Die Stimmung in den Kreisen der Parteigenossen ist ausgezeichnet, selbst Anhänger der bürgerlichen Parteien geben zu, daß das österreichische

Wahlrecht verrottet und veraltet ist. Wenn die Wahlen in Deutschland für die Socialdemokratie gut ausfallen, was ja nach der Sachlage zu urtheilen selbstverständlich ist, so fällt dieser Erfolg für uns schwer ins Gewicht.

Schweiz.

Der schweizerische Grütliverein hat in seiner vorjährigen Delegirtenversammlung das Statut einer Revision unterzogen und in dasselbe auch die neue Bestimmung aufgenommen, daß der Verein sich zu den Grundzügen der Socialdemokratie bekenne. Bei dem Umstande, als dem Grütliverein verschiedene bürgerliche Politiker und zahlreiche nichtsocialistische Arbeiter angehören, war die Anfechtung jener neuen Bestimmung zu erwarten, was denn auch in reichlichem Maße geschah. Trotzdem ist in der, in den letzten Tagen beendeten Abstimmung jene Neuerung mit großer Mehrheit angenommen worden. Bemerkenswerth ist, daß auch viele Landsectionen dafür gestimmt haben.

„Während bei der fehlerhaften Organisation der Bundesverwaltung jedes Socialreformchen auf eibgenössischem Boden eine eigentliche Zangengeburt ist“, schreibt sehr zutreffend der „Grütliauer“, „schreitet der jüngste der Cantone, nämlich der Canton Neuenburg, mit durchaus anerkennenswerther Energie munter in seiner Reformarbeit weiter.“ Zur Zeit liegt das sehr beachtenswerthe Project einer cantonalen obligatorischen Versicherung auf Todesfall vor dem großen Rathe (Landtag). Die Hauptbestimmungen dieses Entwurfes sind: Der Wohlthat dieser Versicherung sind theilhaftig: Die Väter solcher Neuenburger Familien, die bei ihrem Tode ein oder mehrere minderjährige oder gebrechliche Kinder hinterlassen; die Wittwen und geschiedenen Frauen sind, wenn ihnen Kinder zur Last fallen, den Familienvätern gleichgestellt.

Beim Tode des Familienvaters wird seinen Erben binnen 30 Tagen die Summe von 500 Franken ausbezahlt.

Von der Wohlthat dieser Versicherung sind ausgeschlossen diejenigen Familienväter, die im Augenblicke ihres Todes mit mehr als zwei Jahresleistungen im Rückstande sind. In anderen Fällen werden die rückständigen Beiträge von der den Erben zu entrichtenden Summe abgezogen.

Die Wohngemeinde kann vom Staatsrath (Regierung) unter Umständen, die seinem Ermessen unterliegen, verhalten werden, den Zuschlag für die obligatorische Versicherung zu leisten an Stelle solcher Neuenburger, die zufällig oder auf die Dauer in die Unmöglichkeit versetzt sind, es selbst zu thun.

Wenn beim Tode eines Familienvaters das Finanzdepartement sich weigert, den Erben den Betrag der Versicherung auszurichten, so können diese die Angelegenheit dem Cantongericht unterbreiten, das nach Bericht der Parteien ohne Kosten entscheiden soll.

Der Betrag der obligatorischen Versicherungssumme für den Todesfall ist unübertragbar und unpfändbar.

Für diese Versicherung sind beitragspflichtig: 1) Alle Neuenburger, alle Schweizer und alle Ausländer, die der Steuer unterliegen. 2) Alle Collectiv-, Commandit-, Actiengesellschaften und Genossenschaften, die ihren Sitz im Canton haben oder aber darin Zweiggeschäfte besitzen. 3) Die Corporationen für denjenigen Theil ihres Vermögens, der nicht für Einrichtungen der Gemeinnützigkeit oder öffentlichen Wohltätigkeit bestimmt ist.

Zu Gunsten der obligatorischen Versicherung für den Todesfall wird ein Zuschlag von 15 Rappen auf jeden Franken der an den Staat zu entrichtenden Vermögens- und Einkommenssteuer erhoben.

Eine tief einschneidende Reform ist dieses Versicherungsproject freilich nicht, allein als Zeichen des guten Willens, gegen die Noth auch in der Richtung etwas zu thun, was nicht Almosen oder Wohltätigkeit, sondern Rechtsanspruch und Pflichtsache ist, ist auch diese beschiedene Reform zu begrüßen.

Frankreich.

Die erbärmliche Liebedienerei der gegenwärtigen leitenden Kreise Frankreichs vor dem russischen Botschafter hat den Pariser Appellhof wieder zu einem Theil verleitet, das nicht verfehlen wird, in der ganzen civilisirten Welt Entrüstung zu erregen. Der Pariser Appellhof hat nämlich den Reclamationen des russischen Generalconsuls Folge gegeben und ein Bündel Papiere, das der russisch-polnische Nihilist Sawicki, der durch Selbstmord endete, vor seinem Tode mit dem Vermerk „zu verbrennen“ versehen hatte, nicht den Verwandten des Verstorbenen, die darauf Anspruch haben, sondern Rußland übergeben, eine Maßregel, durch welche möglicherweise eine ganze Anzahl russischer Staatsangehöriger, die mit Sawicki in brieflichem Ver-

kehr standen, direct dem Henker ausgeliefert werden. Nun hat sich doch wenigstens ein französischer Senator gefunden, der Radicale Arthur Ranc, der gegen dieses Urtheil protestirt. Er führte aus, dieses Urtheil entspreche keineswegs dem Geiste des Gesetzes. Der Art. 9 des französisch-russischen Uebereinkommens besage, daß die beiderseitigen Generalconsuln und Viceconsuln die abwesenden Erben zu vertreten haben. Offenbar sei diese Bestimmung im Interesse der Erben und zur Wahrung ihrer Rechte gegenüber Dritten getroffen worden. Sobald aber die Erben selbst sich anmeldeten, wie in dem vorliegenden Falle die Großmutter Sawickis, würden die Vollmachten der Consuln hinfällig. Der Abgeordnete fügte seinem Protest die sehr richtige Bemerkung bei: Das französische Gericht werde die Verantwortung tragen, wenn man bald einmal höre, das neue Verhaftungen in Rußland vorgenommen und weitere Unglückliche nach Sibirien deportirt worden seien.

Rumänien.

Der „Adeverul“ beschuldigt den Kronprinzen der moralischen Urheberchaft der gegen seinen Herausgeber verübten Mißhandlung, über die wir bereits berichtet haben, während die übrige Oppositionspresse, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, dieselbe Anschuldigung gegen die Regierung erhebt.

Wir sind in der Lage, etwas Näheres über die Angelegenheit des „Adeverul“ zu bringen. Man schreibt aus Bukarest unterm 6. Mai:

Am 19. Mai brachte der „Adeverul“, ein antidynastisches Blatt, die Nachricht, daß der Kronprinz Ferdinand, Major und Commandeur des 2. Jäger-Bataillons, beim Exerciren einen Rekruten wegen eines kleinen Fehlers eigenhändig geohrfeigt habe. Am nächsten Tage kam der zweite Commandant, Major Cocea nebst zwei Offizieren in die Redaction des „Adeverul“ und verlangten eine Berichtigung der prinzipiellen Berichtigung, da sie Augenzeugen beim Exerciren waren. Am 21. Mai, Mittags, brachte der „Adeverul“ folgende Berichtigung:

„Die obigen drei Offiziere, Cocea, Dimitriu und Boboc, versichern uns auf ihr Ehrenwort, daß der erste Commandant, Kronprinz Ferdinand, keinen einzigen Soldaten oder Rekruten geohrfeigt habe.“

Am Abend desselben Tages kamen die drei erwähnten Offiziere nebst anderen neun, also beinahe das ganze Offiziercorps des 2. Jägerbataillons, in die Redaction des „Adeverul“, und Major Cocea schrie im befehlenden Tone den ersten Redacteur Beldimanu an, daß die Berichtigung nicht befriedigend sei, da Major Cocea bestritt, daß die Offiziere auf Ehrenwort versichert hätten, daß Kronprinz Ferdinand den Soldaten nicht geohrfeigt habe. Major Cocea verlangte eine andere Berichtigung und zeigte Herrn Beldimanu deren Manuscript. Während Beldimanu sich an den Tisch setzte, um das Manuscript Cocea's durchzulesen, schielte sich Cocea von hinten an und giebt Beldimanu ein paar Ohrfeigen. Das war das Signal für anderen Offiziere, die sich auf die drei anderen anwesenden Redacteurs stürzten und sie arg zurichteten. Namentlich der zweite Redacteur, Roman, erhielt u. A. auch eine Kopfwunde. Dann verließen diese zwölf heldenhaften Offiziere mit gekürzten Säbeln das Local, besteigen die bereitstehenden Wagen und stiegen davon.

Parteiangelegenheiten.

In Vorarlberg hat die Pfaffenchaft wieder ein Bröckchen dümmster Bosheit abgelegt. Der in Dornbirn bestehende Politische Verein für Vorarlberg hielt in dem benachbarten Dorf Göhis eine Volksversammlung ab, in der der Redacteur der „Volksztg.“, Genosse Crusaf, über die Lage des arbeitenden Volkes, insbesondere die der Bauern und über die Forderungen der Socialdemokratie sprach. Die Versammlung war eine der zahlreichst besuchten, die bisher in Vorarlberg abgehalten worden sind. 800 Personen, die Kopf an Kopf standen, füllten den Saal der Engelbrauerei; viele fanden keinen Zutritt. Als Crusaf seinen Vortrag beendet hatte, sprach der Pfarrer Rudegier aus Göhis. Er suchte die Socialdemokratie mit den allerbesten Beschuldigungen zu verächtigen. Als Crusaf in seiner Entgegnung die Anschuldigungen des Pfaffen als Lüge und Betrug am Volke brandmarkt, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort. Nach Schluß der Versammlung wurde Crusaf von einem durch die Pfaffen aufgehetzten Kerl, Namens F. J. Braker, auf der Straße angefallen, die Parteigenossen schützten den Angefallenen thätkräftig vor dem Hügel, sowie vor der Menge, die 6-700 Mann stark, geführt von dem Pfarrer Rudegier und dem Lehrer Effensohn, hinter den etwa 40 Socialdemokraten dahergog und durch die rohesten Schimpfereien sowie Steinwürfe sich und ihren Pfaffen bis auf die Knochen blamirte. Natürlich werden sich die Socialdemokraten Vorarlbergs durch diese Vorkommnisse nicht im geringsten von der Agitation abschrecken lassen. Sie werden den Bann der Dummheit, in dem die Pfaffenchaft die Bauern gefangen hält, zu brechen wissen. Dann wird den Pfaffen zu spät die Erkenntniß kommen, daß gerade sie gar nichts Dummeres thun konnten, als sich dem Socialismus zu widersetzen.

Todtenliste der Partei. Am 6. Juni wurde der bei der Hofmann'schen Agitationstour nach Werba verunglückte Vertrauensmann Leubner in Falkenstein i. B. beerdigt. Mindestens 1000 Personen gaben dem verstorbenen Braven, dessen Tod eine empfindliche Lücke in die Reihen der Parteigenossen des Wahlkreises Reichenbach gerissen hat, das letzte Geleit. Für Unterstützung der Familie des im Dienst unserer Sache gefallenen Parteigenossen wird selbstverständlich von Parteiwegen gesorgt werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Juni 1893.

Genossen, vergeßt den Wahlfond nicht!

Genossen!

Die Wahlschlacht steht vor der Thür. Wir richten an Euch das dringende Ersuchen, Euch möglichst zahlreich

zum Dienst am Wahltage

zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen

zuverlässige, pflichtgetreue Leute.

Genossen! Meldet Euch Alle, die Ihr am 15. Juni — auch diejenigen, die nur am Nachmittag Zeit haben — Dienst thun könnt,

schleunigst

im Wahlbureau, Neumarkt 8.

Meldet Euch bis spätestens Dienstag Abend.

Eile thut Noth!

Das Wahl-Comitee.

Zur Wahlbewegung.

Geht rechtzeitig zur Wahl. Viele Wähler, besonders aus dem Kleinbürgerstande und der Hausindustrie, haben die Gewohnheit, erst in der letzten Stunde vor Schluß der Wahl in das Wahllocal zu gehen, um dort ihr Wahlrecht auszuüben und dann bis zur Auszählung der abgegebenen Stimmen und der Verkündung des Wahlergebnisses zu verbleiben. Die Folge dieser Gewohnheit, besonders an Urnen mit großer Wählerzahl, ist nicht selten die, daß um 6 Uhr Abends, wo die Wahlhandlung gesetzlich zu schließen ist, eine mehr oder minder große Zahl von Wählern noch zu wählen hat, aber nicht mehr zur Ausübung des Stimmrechts gelangen kann. Der § 9, Abs. 2 des Wahlreglements lautet: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.“ Der Wahlvorstand handelt also durchaus correct, wenn er mit dem Glockenschlag 6 Uhr die Wahlhandlung schließt und auch die im Local etwa noch anwesenden Wähler nicht mehr ihre Stimme abgeben läßt. Die Wahlprüfungscommission hat wiederholt in diesem Sinne entschieden. Wer also nicht um sein Wahlrecht kommen will, begeben sich zur rechten Zeit in das Wahllocal.

Wähler, welche über ihre Zeit frei verfügen können, sollen es unterlassen, in der Zeit der Mittagspause, wo die Arbeiter meist zur Wahl eilen müssen, zu wählen. Man wähle lieber in den Stunden, wo der Andrang nicht so groß ist.

Im großen Saale des Residenztheaters tagte am Sonntag früh von 7-9 Uhr eine sehr gut besuchte Wählerversammlung der socialdemokratischen Partei. Bis auf den letzten Platz gefüllt zeigte sich schon so frühzeitig der große Saal, ein Beweis, daß die Stimmung für unseren Candidaten im Westen, Dr. Bruno Schoenlant, den gleichzeitigen Redner der Versammlung, eine außerordentlich gute ist. Unter dem Beifall der Anwesenden kritisirte der Referent nebst anderem, das in den letzten Tagen von der Cartellpartei zur Vertheilung gelangte Flugblatt in schonungsloser Weise, indem er zeigte, daß nicht die Socialdemokratie, sondern die conservativen Parteien die berufsmäßigen Verhörer des Volkes sind. Ein dreifaches Hoch auf die internationale Socialdemokratie bildete den Schluß der Versammlung.

Die für Sonntag, den 11. Juni, Vormittags 11 Uhr, einberufene Wählerversammlung der socialdemokratischen Partei, in welcher Reichstagscandidat für Breslau-Ost, Genosse Franz Tugauer aus Berlin, referiren sollte und zu welcher sich ebenfalls ein großer Andrang zeigte, konnte nicht abgehalten werden, da die polizeiliche Anordnung derselben angeblich zu spät erfolgt war.

Die Conservativen veröffentlichten am Sonntagabend ein Flugblatt, welches sich speciell mit der Socialdemokratie beschäftigt. Die Widerlegungen darin sind so lahm, so dumm, daß man glaubt, die Aufstellungen eines A. B. C. Schülers vor sich zu haben. Für Herrn vom Dove und Herrn von Hobrecht dürfte es keine besondere Ehre sein, ihre Namen unter diesem höchst unreligösen Geschrei zu finden.

Der Vorstand des hiesigen Jungmännervereins hatte mit dem Candidaten für Breslau-West, Staatsminister a. D. Hobrecht, eine Unterredung, in der Herr Hobrecht sich dahin äußerte, daß er vor dem Wahlaufsatz der vereinigten Innungsverbände Deutschlands sowie von den hierzu abgegebenen Erklärungen des Oberregierungsrathe vom Hore mit großem Interesse Kenntniß genommen und in allen Punkten den Erklärungen desselben beitrete. Daraufhin empfiehlt der Vorstand des hiesigen Innungsausschusses den Gesinnungsgegnen, für Herrn Hobrecht zu stimmen.

Die Nationalliberalen bekommen eben Alles fertig.

Postassistent Schulze ist, wie wir der „Deutschen Ostmacht“ entnehmen, von den Deutschsocialen, außer in Breslau-Dit, auch noch in Frankenstein-Münsterberg und in Pleß-Hybnik als Candidat aufgestellt worden.

Die Impfsgegner verbreiten ein Flugblatt, in welchem sie die Reichstagswähler auffordern, nur Candidaten zu wählen, welche erklären, gegen den Impfwang im Reichstage wirken zu wollen. In dem Flugblatt heißt es u. A.:

„Wie sehr die impfgegnerliche Bewegung zunimmt, geht schon daraus hervor, daß, während im Jahre 1889 die Zahl der dem Reichstage zugesandten impfgegnerischen Petitionen nur 106 betrug, der ersten Session des soeben aufgelösten Reichstags bereits gegen 3000, der zweiten und letzten Session desselben aber gegen 5000 Petitionen gegen den Impfwang mit Hunderttausenden von Unterschriften jugingen!“

Von dem Verein „Silesia“, Verein zur Wahrung der Interessen reisender Geschäftsleute und Berufsgegnen, einberufen, tagte am Freitag, den 9. d. M., Abends 8 Uhr, im großen Saale des Residenztheaters, eine Versammlung der Kaufleute, Markt- und Pleßreisenden, Schauspieler, Händler und sonstigen Interessenten, welche von etwa 60 Personen besucht war. Auf der Tagesordnung derselben stand unter Anderem: Stellungnahme zu der bevorstehenden Reichstagswahl. Der Referent, Herr Gottlieb, hob nach anderen Erörterungen, betreffend die gedrückte Lage der oben bezeichneten Gewerbe, hervor, daß der Verein „Silesia“ zwar kein politischer sei, man müsse aber doch eine bestimmte Stellung bei der Reichstagswahl einnehmen. Er empfehle die freisinnigen Candidaten, da die freisinnige Partei stets für die Kaufleute, Händler u. s. w. eingetreten. In der Discussion meinten einige Herren, daß die Stimmabgabe besonders deswegen, da der Verein kein politischer sei, ebensowenig für irgend eine bestimmte Partei zu erfolgen brauche. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, nach welcher die Anwesenden erklären, am 15. Juni ihre Stimmen der freisinnigen Volkspartei zu geben. Im Allgemeinen bewies die Versammlung eine Kurzsichtigkeit im Wirtschaftlichen und Politischen, die vielleicht einzig ist. Zum Schluß brachte der Vorsitzende, nachdem er bereits vorher die Treue des Vereins zu Kaiser und Reich betont hatte, ein Hoch auf den Kaiser aus und schloß die Versammlung.

Die „duldsamen“ Ultramontanen verbreiten im Strehlen-Münsterberger Kreise ein Flugblatt, welches sich ebenfalls mit der Socialdemokratie beschäftigt (bekanntlich ist dort Huene aufgestellt) und wo zum Schluß die Bauern aufgefordert werden, jeden Arbeiter zu entlassen, der sich zur Socialdemokratie bekennt. — Das ist das duldsame Pfaffenhum, das ist die geistliche Nächstenliebe. Nur zu, ihr Herren, durch solche Hezereien macht Ihr der Socialdemokratie Anhänger.

Die deutsch-socialen antifeminitische Partei hielt am Sonnabend, den 10. d. M., Abends 8 Uhr, eine Wählerversammlung, die so recht bewies, daß es mit dem Latein unserer Gegner zu Ende ist, denn während die früheren Versammlungen gut besucht waren, zeigten die bisherigen Versammlungen, vor allem aber die letzte im Bräuerischen Local, Gabitzstraße, abgehaltene, ein sehr trauriges Aussehen. Etwas mehr als 100 Personen hatten sich versammelt um sich in Vertretung des Prof. Paul Förster Herrn Rentmeister Schön anzuhören. Doch auch diese Freude ward ihnen nicht zu Theil, denn der angekündigte Redner war nicht erschienen; an seiner Statt legte Schriftsteller Kretschmer, Redacteur der „Deutschen Ostmacht“, in längerer Rede das Programm der deutsch-socialen Partei auseinander. Der Schluß der Versammlung erfolgte in üblicher Weise.

Parteigenossen! Wähler!

Heute, Montag, findet im großen Saale des Residenz-Theaters eine Wählerversammlung statt,

in welcher der Candidat für Breslau-West, Genosse Dr. Bruno Schoenlank referiren wird. Der Eingang zum Saal findet von der Köhrgasse aus statt.

Die zweite Versammlung findet in Thiele's Local, Bohrauerstraße, statt, in welcher Genosse Franz Tuhauer, Candidat des Wahlkreises Breslau-Ost, referiren wird.

Beginn beider Versammlungen um 8 Uhr.

Zur Beachtung!

Nächsten Mittwoch, als dem Vorabend d. r. Wahl, finden zwei Versammlungen statt.

Im Osten: in der „Concordia“ Abends 8 Uhr Referent: Genosse Franz Tuhauer.

Im Westen: Abends in der Actien-Bräuerei, Nicolaistraße, eine Doppelversammlung. Um 8 Uhr, im Sommer-Theater, um 8 1/2 Uhr im großen Saale, Referent: Genosse Dr. Bruno Schoenlank.

Vorsicht bei der Stimmzettel-Vertheilung!

Die amtlich Statistik der Ergebnisse der Reichstagswahlen für 1890 weist 17 Reichstags-Wahlkreise, darunter Breslau, München I, Hamburg II, nach, in denen auf mehrere socialdemokratische Candidaten Stimmen gefallen sind, obgleich in keinem Kreise im Jahre 1890, weder officiell noch privatim, neben dem eigentlichen Candidaten noch ein anderer in Frage stand. Das merkwürdige Ergebnis ist lediglich auf Fehler bei der Vertheilung der Stimmzettel, wahrscheinlich auf Verwechslung der Pakete oder auf Irrthümer des Druckers zurückzuführen. Die Genossen mögen deshalb genau darauf achten, daß bloß Stimmzettel mit dem Namen des im Wahlkreise aufgestellten Candidaten vertheilt werden, und die Wähler besonders auffordern, den Stimmzettel vor der Abgabe auf seine Richtigkeit zu controliren. Dies wird sich auch aus anderen Gründen empfehlen.

Was sind wir den Kämpfern für das Vaterland schuldig?

Tagtäglich bezogen uns jetzt zur Wahlzeit in den Schriften und Reden der sich „staatsbehaltend“ nennenden kürgerlichen Parteien die obige Frage, mit der sofort unverblümt ausgesprochenen Antwort: „eine tüchtige Verstärkung des stehenden Heeres, zur Friedenszeit“. Wir wüßten eine ganz andere Antwort auf diese Frage zu geben, wollen aber heut davon Abstand nehmen und nur an einem Falle wieder einmal zeigen, wie wenig sich gewisse Herren selbst darüber klar zu sein scheinen, was sie den Kämpfern „für das Vaterland“ schuldig sind. Es ist ja sehr leicht, von Anderen Opfermuth zu verlangen, sehr leicht, kühne Forderungen an Gut und Blut, an das Volk zu stellen, denn dem eigenen Geldbeutel thut es nicht weh. Aber es ist bezeichnend, daß gerade von jener Seite oft Handlungen geschehen, für die man den richtigen Namen zu finden thätlich sehr oft in Verlegenheit geräth. Wir erinnern zum Beweise hierfür an jenen Vorzug, den wir in Nr. 126 der „Volksmacht“ schilderten und der zeigte, wie preussische Junker in der sogenannten „glorreichen Zeit“ daran waren, den vom Schlachtfelde heimkehrenden Krieger eine Hungernoth zu bereiten. Unser heutiger Fall zeigt allerdings noch nicht von einer crassen Ungerechtigkeit, wohl aber davon, wie schnell man den Kämpfern „für das Vaterland“ den schuldigen Dank vergißt. So erhalten wir aus gut unterrichteter Quelle folgende Mittheilung: Es war im Jahre 1866, als den Mannschaften des 10. Infanterie-Regiments, ehe es über die Grenze ging, gesagt wurde, daß durch Cabinetsordre auf jedes vom Regiment erbeutete Pferd, sowie Geschütz eine Geldprämie ausgesetzt sei. Das Geld sollte, allem Anscheine nach nach dem Feldzuge an die Soldaten zur Vertheilung gelangen. Auf jedes erbeutete Pferd waren 2 1/2 Thlr. gesetzt. Was für Geschütze ausgesetzt war, konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen, doch sollen ungefähr 15 000 Mk. vorhanden sein, die ihren Ursprung in jenen ausgezeichneten Geschützprämien haben. Bekanntlich erbeutete das Grenadier-Regiment Nr. 10 in der Schlacht bei Königgrätz, indem es das mit Kanonen besetzte Dorf Witzkau stürmte, 32 feindliche Geschütze. Diese Wiffenthat veranlaßte den damaligen Kronprinzen Friedrich, den Tag nach der Schlacht, am 4. Juli, das Regiment aufzusuchen und zu sagen: „Na, Kinder, Ihr habt hübsche Geschichten gemacht, das werde ich Alles meinem Vater erzählen.“ Wir führen diesen Ausspruch und diese Wiffenthat an, um zu zeigen, daß jene Soldaten nach den sogenannten patriotische Begriffe wohl Alles das geliebt, was man von ihnen in einer solchen Zeit nur verlangen konnte. Die Mannschaften, die nun nach dem Feldzuge entlassen wurden, erhielten denn auch jeder seinen Theil, der auf die Summe fiel, die durch das Erbeuten von Pferden das Regiment sich errungen. Das Geld für erobertes Geschütze wurde jedoch zurückgehalten, und wurde durch Regimentabeseß bekannt gegeben, daß diese

Gelder einen Fonds bilden sollen, durch dessen Zinsen Unterstützung erhalten sollen die Hinterbliebenen oder in Noth gerathende ehemalige Kämpfer in der Schlacht bei Königgrätz vom 10. Regiment. Nun ist ein solcher uns bekannt gewordener Fall eingetreten. Ein ehemaliger Grenadier des 10. Regiments, der aus dem Feldzuge 1870/71 mitgemacht und so weit, wie wir uns informiren konnten, eine tadellose Lebensführung hinter sich hat, verunglückte bei Ausübung seines Berufes. Der Mann, welcher durch jenen Unglücksfall zeitweilig wohl geschädigt sein wird, richtete nun vor einiger Zeit an das Regiment Nr. 10 ein Bittgesuch, in dem er Anspruch auf den hier genannten Geschützfonds machte. Das Regiment theilte ihm in möglichster Kürze mit, daß es keine Mittel zu seiner Unterstüzung habe. — Hierauf wandte sich der Mann an die Brigade, zu welcher betreffendes Regiment gehört. Der Bescheid war auch ein abschläglicher, aber doch wenigstens ein die Sache etwas aufklärendes. Man führte darin aus, daß es ein Irrthum des Bittstellers sei, daß die Zinsen des Fonds für später in Noth gerathene Kämpfer von Königgrätz verwendet werden sollen. Bestimmungsgemäß seien die nicht sehr beträchtlichen jährlichen Zinsen zunächst für active Mitglieder des Regiments bestimmt, nur ausnahmsweise für frühere. Da alle Mittel bereits verausgabt waren, ist eine Berücksichtigung nicht möglich gewesen. Wir wollen uns vorläufig zu jenem Falle weiter Betrachtung enthalten und legen ihn unseren Lesern zur Nachdenken vor. Wir bitten, nur das Selbstthätige bei zu erwägen, daß das Geld, welches sich gewissermaßen die Kämpfer von Königgrätz vom 10. Regiment mit ihrem Herblut erobert haben, nun auf einmal bestimmungsgemäß jetzt den activen Militärs zukommen soll. Wir glauben kaum, daß Kaiser Wilhelm I. durch seine Cabinetsordre einen Fonds schaffen wollte, von dem Leute Nutzen zu ziehen berechtigt seien, die jene Zeit zum Theil noch in Windeln gelegen oder noch gar nicht gelebt haben. Ja, ja, was sind wir den Kämpfern für das Vaterland schuldig? Nur wie man denselben die Schuld begleicht, man merkt es an allen Ecken und Enden. Merkt's Euch, alle Soldaten! Am 15. Juni gebt Antwort darauf.

[Schulnachricht.] Der Cultusminister hat bestimmt, daß an allen Tagen, an denen Morgens um 10 Uhr das hunderttheilige Thermometer schon 25 Grad zeigt, der Unterricht am Nachmittage ausfallen muß und am Vormittag nicht über vier Stunden dauern darf. Bei überfüllten Klassen und bei engen Klassenzimmern kann auch bei geringerer Temperatur eine Aussetzung des Unterrichts erfolgen. Kinder, welche einen weiten, schattenlosen Weg zu machen haben, sollen an heißen Tagen von einem zweiten Gang zur Schule befreit werden. Es kann auch angebracht sein, den Unterricht an solchen Tagen durch Jugendspiele angemessen zu unterbrechen. Die Ausführungen dieses Erlasses sollen angeordnet und überwacht werden vom Vorsteher der Schule, vom Orts-Schulinspector oder in Filialen vom Ortschulvorstand.

[Pfarrer Kneipp] wird am 14. Juni d. M. Mittags 1 Uhr, im Concertsaal hier selbst einen Vortrag halten. Von 11 Uhr Vorm. an bis zum Beginn des Vortrages wird im kleinen Saale des Concerthauses Pfarrer Kneipp wahrscheinlich Consultationen gewähren; um 4 Uhr reist er bereits wieder von Breslau ab. Leider ist das Entree, Logen 2 Mark und Saalplatz 1 Mark, ein so hohes, daß Herr Kneipp auf einen Besuch seitens der Arbeiterschaft nicht rechnen dürfen.

[Von einem Pferd gebissen.] Als eine Kochschneidersfrau am 7. d. M. Abends die Gribitzstraße entlang ging, wurde sie von einem vor einen Milchwagen gespannten Pferd in den rechten Arm gebissen. Die Frau befindet sich in ärztlicher Behandlung.

[Uebervahren.] Am 9. d. M. fuhr ein Schüler auf der Feldstraße ein mit Sand beladener Wagen über den rechten Fuß, wobei dem Raden vier Räder zerquetscht wurden. Der Verunglückte fand im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

[Verirrte Kinder.] Am 9. d. M., Vormittags, hat sich das 3 Jahre alte Söhnchen Feig bei der Berlinerstraße Nr. 6 wohnenden Arbeiter-Fischer verlaufen. Das Kind trug blauen Mantel, braunen Anzug und war ohne Kopf- und Fußbedeckung. An demselben Tage, Nachmittags, wurde ein 4 Jahre alter Knabe auf der Klosterstraße verirrt angetroffen und im Armenhause untergebracht. Der Knabe trägt grauen Anzug und war ohne Kopfbedeckung.

[Festgenommen] wurde am 9. d. M. an Seimdamm der Schalknabe August Schall, welcher bereits 4 Wochen lang unbeschäftigt. Er wurde im Armenhause untergebracht.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden: fünf Portemonnaies mit Inhalt, eine Korallenkette, eine silberne Herren Cylinderuhr, eine silberne Brosche, ein goldenes Armband, eine Granatbrosche, eine goldene Gravattennadel, ein dunkelgrauer Überzieher, eine Anzahl Invalidenmarken, ein Regenschirm, ein Spazierstock und ein Paket mit Stoffen. — Verloren: ein Regenschirm, zwei Portemonnaies mit 16,25 bzw. 5 Mark Inhalt. — Abhanden gekommen: ein goldenes Kreuz mit Kette. — Verhaftet am 9 d. M.: 34 Personen.

Schlesien.

Glogau, 9. Juni Unglücksfall. Auf einseitliche Weise verunglückte nach dem „Niederschlesischen Anzeiger“ gestern Vormittag ein Dienstmädchen im Hause des Hofbäckermeisters Herrn L. auf der Kreuzbühnen Straße. Das Mädchen war von seiner Herrschaft beauftragt worden, Betten zum Lüften auf das Dach des Hauses zu tragen. Auf der zur Dache Luke führenden Leiter muß das Mädchen wohl das Gleichgewicht verloren haben; es stürzte drei Stockwerke tief hinab und fiel so unglücklich auf einen am Treppengeländer befindlichen eisernen Haken, daß ihm von einem Arm das Fleisch vollständig abgerissen wurde. Wahrscheinlich hat die Verunglückte auch innere Verletzungen davongetragen. Der Unglücklichen wurde von zwei Ärzten sofort Hilfe zu Theil, doch war die Verletzte gegen Abend noch nicht transportfähig, um in das hiesige Krankenhaus geschafft zu werden.

Aus den Nachbarprovinzen.

Wojen, 9. Juni. Gerüchte über einen Todesfall an Cholera nostras, der in Wida vorgekommen sein soll, wurden gestern in der Stadt laut. Die von der Polizeibehörde sofort eingeleitete Untersuchung hat nun nach der „Pos. Ztg.“ Folgendes ergeben: Am Mittwoch starb in der Kronprinzstraße in Wida nach kurzem Krankenlager eine Arbeiterfrau unter choleraartigen Erscheinungen. Es ist in Folge dessen sogleich die Section der Leiche durch den Kreisphysicus, Sanitätsrath Dr. Hilsberg, vorgenommen, die indessen nicht den geringsten Anhalt dafür ergeben hat, daß Cholera nostras als Todesursache anzunehmen ist. Um jedoch keine Vorsichtsmaßregel außer Acht zu lassen, sind die in Betracht kommenden Theile der Leiche zur bacteriologischen Untersuchung nach Baitin gelangt worden. Zu irgend welcher Verantwortung liegt daher in keiner Weise Veranlassung vor.

Gerichtliches.

Leipzig, 9. Juni. Eine verjährte Straftat. Der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fritz Kunert in Breslau war auf Grund des § 130 des Str.-G.-B. wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten unter Anklage gestellt worden, das Landgericht zu Breslau hatte aber am 15. Septbr. v. J. das Verfahren gegen ihn eingestellt, weil die durch die Presse verübte Straftat als verjährt angesehen wurde. Inzwischen war ein von dem Angeklagten verfaßtes Gedicht „Schlesische Marcellade“, welches er am 5. October 1890 aus Freude über die Aufhebung des Socialisten-Gesetzes in Nr. 40 der von ihm redigirten „Schlesischen Nachrichten“ veröffentlicht hatte. In diesem Gedichte ist von Revolution, Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit die Rede. Das Hauptverfahren konnte damals, d. h. sogleich nach dem Erscheinen des Gedichtes, nicht eröffnet werden, weil den Angeklagten seine Immunität als Reichstagsabgeordneter schützte und die damalige Tagung des Reichstages fast zwei Jahre dauerte. Erst am 27. Mai 1892 wurde das Hauptverfahren eröffnet. Vorher, am 1. April 1892 wurde Kanert gerichtlich verurtheilt. Er machte geltend, daß die sechsmonatliche Verjährungsfrist längst verstrichen sei. In der Hauptverhandlung vom 15. September 1892 wurde festgestellt, daß, um die Verjährung zu unterbrechen, folgende richterliche Handlungen gegen den Angeklagten vorgenommen worden sind: am 7. October 1891 hat das Breslauer Amtsgericht das betreffende Zeitungsblatt beschlagnahmt und die Ladung eines Zeugen Stenzel am 4. November 1890 verfügt, sodann am 13. November 1890 die Vernehmung desselben bewirkt. Am 24. März 1891 und am 18. September 1891 hat dasselbe Gericht je eine Anfrage an das Polizeipräsidium gerichtet, ob denselben bekannt sei, daß Kunert seinen Wohnsitz ins Aus-

zu verlegen beabsichtige. Diese Anfragen waren auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ergangen, einzuig zu dem Zwecke, die Verjährung zu unterbrechen. Am 15. Januar 1892 hat dann das Gericht in der gleichen Absicht eine Anfrage an das Polizeipräsidium in Berlin gerichtet, des Inhalts, ob und wo Kunert dort als Reichstagsabgeordneter eine Wohnung habe. Die am 15. September 1892 erlassene Strafkammer war nun der Meinung, daß wohl die richterliche Handlung bezüglich des Zeugen Stenzel geeignet war, die Verjährung zu unterbrechen, nicht aber die Anfragen an die Polizeipräsidien in Breslau und Berlin. Die Anklagen ständen zwar, so sagt das Urtheil, mit der Person des Angeklagten in Beziehung, sie ließen aber einen Zusammenhang mit der unter Anklage gestellten That nicht erkennen. Demnach sei die Straftat am 13. Mai 1891 verjährt gewesen. — Die Revision des Staatsanwalts, welche heute vor dem IV. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, bezeichnete die Einstellung des Verfahrens als auf Rechtsirrtum beruhend. Jede richterliche Handlung, welche gegen den Thäter gerichtet sei, so wurde ausgeführt, unterbricht die Verjährung. In dem bezüglichen Urtheil der Staatsanwaltschaft sei die incriminirte Handlung ausdrücklich hervorgehoben. Die Ansicht des Reichsgerichts (nämlich im Urtheile desselben Strafsenates vom 24. Juni 1892 in einer ähnlichen Sache gegen Kunert) sei entschieden nicht richtig. — Der Reichsanwalt Treplin erklärte, die Revision nicht vertreten zu können. Die Reichsanwaltschaft sei zwar der Ansicht, daß die von der Strafkammer angeführten Gründe, wonach die Anfragen an die Polizei in keiner Beziehung zu der unter Anklage stehenden That gestanden hätten, die Entscheidung nicht zu tragen geeignet seien, aber sie komme doch zu dem gleichen Resultate wie die Strafkammer, wenn auch aus einem anderen Grunde. Man sei nämlich der Meinung, daß alle diese richterlichen Entscheidungen nicht geeignet seien, die Verjährung zu unterbrechen angesichts des Art. 31 der Reichsverfassung, der von der Immunität handelt. Es sei hier auf das Urtheil des Senates vom 21. Juli v. J. Bezug zu nehmen, wenn auch der Fall damals etwas anders gelegen habe. Damals habe es sich um den Abt. 3 des Art. 31 (Siftung eines Strafverfahrens) gehandelt, im vorliegenden Falle aber handle es sich um den Abt. 1 (Unzulässigkeit einer Untersuchung gegen Abgeordnete). Was aber vom Abt. 3 gelte, müsse auch vom Abt. 1 gelten, da ein innerer Unterschied zwischen Strafverfahren und Untersuchung nicht bestehe. Der neue § 69 des Str.-G.-B. in der Fassung des Gesetzes vom 26. März d. J., betreffend die Verjährung, könne noch keine Anwendung finden, da dieses Gesetz erst nach der allein maßgebenden Hauptverhandlung vom 15. September vorigen Jahres erlassen sei. — Dementirend erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision.

Neueste Nachrichten.

Original-Telegramme d. r. „Volkswacht“.
Rybnik. Der Candidat für den hiesigen Wahlkreis, Thiel, und Genossen wurden verhaftet.
Rybnik. Thiel wieder entlassen.
Oppeln. Unsere Flugblätter sind beschlagnahmt.
Berlin. Der Kriegervereinsbrief des Hauptmanns L. Strad ist echt. Der Herr Hauptmann erklärt in einem Brief vom 4. Juni, der in einem Extrablatt der „Senftenberger Nachrichten“ vom 5ten Juni abgedruckt ist, er habe den Brief über den Kriegervereins-Klim-Bim zum Einfangen von 450 bis 500 Stimmen für den Herrn v. Manteuffel seinem Privatsecretär dictirt und einem politischen Gegner zuzenden lassen — aus „Eh“, um demselben eine Falle zu stellen, nämlich ihn zu veranlassen, den ausdrücklich als ganz geheim und vertraulich bezeichneten Brief mißbräuchlich der Öffentlichkeit preiszugeben. Hauptmann Strad fürchtet selbst, daß sogar seine Freunde die Veröffentlichung für eine Verlegenheitsausrede ansehen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 10. Juni.
Heiraths-Ankündigungen. I. Haushälter Carl Klimpke, kath., Albrechtstraße 23, und Anna Sacher, kath., Riegingasse 8. — II. Regelleister Gottfried Fleischer, ev.

Herbath, und Anna Grundmann, evang., Kaiser Wilhelmstraße 2. — III. Eisenbahn-Stationsgehilfe Heinrich Klum, evang., Sonnenstraße 36, und Anna Fuchs, evang., Lehmbamm 56.

Todesfälle. I. Elsieba, T. des Arbeiters Gustav Schelber, 11 Mon. — Selma, T. des Arbeiters Carl Sabisch, 9 Monate. — Wilhelm, S. d. s. Bureauleiters Eduard Hippe, 2 Jahr. — Zimmermanns-Frau Marie Melasa, geb. Schröder, 37 J. — Tischlergefelle Alexander Ueber, 77 J. — Tapeziers-Frau Anna Kübler, geb. Waldbach, 40 J. — Arbeiterwitwe Hedwig Gotter, geb. Mirke, 78 J. — Dienstmädchen Anna Singel, 19 J. — Anna, T. des Ausschänters Theodor Rentwig, 3 Monate. — Clara, T. des pens. Post-Schaffners Ernst Reichenbach, 6 Mon. — Wittfrau Johanna Zimmermann, geb. Rüd, 67 J. — Mag, S. des Arbeiters Carl Gymbowiat, 11 Monate. — Olga, T. des Arbeiters Emanuel Prietich, 2 Monate. — Arthur, S. des Cigarren-Importeurs Carl Göbel, 1 Mon. — II. Emma, T. des Arbeiters Carl Biewald, 8 Mo. — Fräulein St. Amacher Friedrich Kiemer, 68 J. — Eugen Pennrich, 50 J. — Paul, S. des Post-Schaffners Emanuel Schöpe, 4 J. — Paul, S. des Arbeiters August Schuster, 1 Jahr. — Eisenbahn-Secretärin Carl Mundry, 21 J. — Arbeiter Carl Scholz, 18 J. — Martha, T. des Arbeiters Ernst Hillmann, 10 J. — Louise, T. des Hofgerichtsdiener's Gottlieb Trese, 3 J. — Berw. Frau Dr. med. Pauline Jaff, geb. Wiener, 80 J. — Berw. Frau Justigrath Friederike Müller, geb. v. Schilfka und Ehrenfeld, 78 J. — Hildegard, T. des Vernehmungsbearbeiters Adolf Wolff, 1 Jah. — III. Richard, S. des Arbeiters Paul Deutscher, 1 Mon. — Frieda, T. des Arbeiters Amand Kuhl, 3 J. — Mechaniker Adolf Sachmann, 23 Jahre. — Marie, T. des Zimmermanns Eduard Kiebel, 2 Tage. — Fritz, S. des Arbeiters Emil Knauer, 1 J. — Rittergutsbesitzer Oscar Bies aus Osta, Kreis Löwen, 71 Jahre. — Früherer Gutsbesitzer Comad Berger, 68 J. — Willy, S. des Eisenbohrers Otto Stelnhardt, 1 J.

Werbung!
Die Redactionen aller arbeitervreundlichen Blätter werden um Zuwendung des Wahlresultats gebeten.
Adresse: E. Mat, Br. Stau, R. umarkt 8.

Quittung.
Vom 8. bis 10. Juni sind folgende Gelber zum Wahlzwecks eingegangen.
Genosse Siekmann 20 M., rother Schlief 30 Pf., rothe Lötper von der S. einigerstraße 2,70 M., Genosse Nr. 35 1,50 M., Reichmann 2,10 M., Korkfabrik von N. Schäffer 3,70 M., Cigarrenfabrik von Pachur u. Scharte 2 M., Damens Volta 20 Pf., Genosse Siekmann 80 M., Scat bei Gutemann in Pöpelwitz 25 Pf., Kleinpfeiferwerkstätte 1 M., Genosse Siekmann 20 M., von den Gypsen der Sadowastraße 3,40 M., P. P. Schlesinger 1,50 M., Tischlerwerkstätte von der Neuschneide 2,55 M., Genosse Siekmann 85 M., von den vereinigten Hutarbeitern 15 M., von einer amerikanischen Auction einer Katsche durch Ripper 3 M., Ueberzug der Pöpelwitzsammlung 5 Pf., Genosse Siekmann 20 M., amerikanische Auction in Konradthal 3,20 M., Genosse Siekmann 20 M., A. L. 3 M., Wohnhüter 1,50 M., Hannig 50 Pf., E. St. Wustnerwerkstätte 50 Pf., T. 1 M., rothe Seneselder 1,30 M., G. R. 30 Pf., Genosse Siekmann 50 M., rothe Wustnerwerkstätte 4,15 M., S. 1 M., von den rothen Sattlern in der Culturstraße 3,90 M., S. W. 1 M., H. B. Wäldchen 2 M., von den Tabakarbeitern durch W. F. 2,55 M., durch Genossen Schön gesammelt bei Ruster 90 Pf., Am Tisch 1,60 M., D. S. 3 M., rothe Klumpner 7,45 M., S. M. 1 M., Volkswacht 1 M. Summe 375,20 M.
Das Wahl-Comitee.
J. A.: G. Tize, Cassirer.

Auf Listen zum Wahlzwecks gingen ein:

Liste Nr. 49	Mark 2,90	Liste Nr. 124	Mark 5,10
69	8,60	26	10,25
44	13,75	72	13,25
18 D. Thiel	31,40	22	14,60
11	4,80	47	11,80
122	2,50	108	2,65
127	4,45	118	6,65
137	4,25	112	7,25
70 durch Kern	3,45	3	4,65

Zusammen Summa 152,30

Theater-Nachrichten.

Lobn-Theater.
Montag: Casspiel Josef Josephi zum letzten Male.
„Die Jungfrau von Belleville.“
Dienstag: Casspiel Josef Josephi und Ludwiska Wallner vom Stadttheater in Brünn.
„Der Zigeunerbaron.“
Sopran: J. Josephie a. G.
Casspi: L. Wallner a. G.

Residenz-Sommer-Theater.
Montag: Benefiz für Elia Werner.
Erfolgreichste Novität „Lachende Erben.“
Dienstag: Neueste Operette „Die drei Wahrzeichen“ oder „Das Turnier zu Kronstein.“
Um 7 1/2 Uhr Frei-Concert.

Am 10. d. M. entriss uns der Tod unseren braven Mitarbeiter und Vereinskollegen
Karl Mundry 1031
im Alter von 21 Jahren 1 Monat.
Ein treues Andenken wird ihm stets bewahren der
Fachverein Breslauer Korkarbeiter.

Vorsicht! Hütet Euch!
Die Socialdemokraten kommen!
Eine wahre Vorgeschichte, welche schon oft passiert ist und noch passiert. Von Adolf Hoffmann, Verfasser der „John Gebote.“
Zweite Auflage: 100,000 Exemplare.
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition.

Strass. Klagen, Eingaben, Rath bill. Dressers' jur. Bur. Neuschneide 25.
1032
Büsten-Karten 75 Pf.
A. Briefbogen u. 100 Couverts 50 Pf., 10 Pf. Schreibhefte, Duzend 75 Pf., Familien-Anzeigen u. sämtliche Druckfachen schnell, sauber u. billig.
Papier-Handlung und Druckerei 1016 Hugo Kretschmer, Schmiedebrücke 67, dicht am Ring

Für Vereine!
Einige Jahrgänge
„Neue Zeit“
sind sehr billig zu verkaufen in der Exped. d. Volkswacht.

Vereins-Kalender.
Breslau.
Sozialdemokratischer Arbeiterverein Breslau-Land-Neumarkt
— Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Local des Herrn Gutsmann in Pöpelwitz.
— Alles Nähere daselbst.
Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider-Deutscherlands. (E. G. Braunschweig). Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Kaffeeabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupfer-Schmiede-Str. 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
Gesangverein der Steinmehnen. Jeden Dienstag, Abends 7 1/2 Uhr: Uebungsstunde unter thätigem Dirigenten in Fabels Lokal, Kleine Grotzengasse No. 15.
Deutscher Schneider-Verband. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Kaffeeabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupfer-Schmiede-Str. 21. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Heute Montag, Abend 8 Uhr:

2 große Wähler-Versammlungen

im großen Saale der Breslauer Aktien-Bierbrauerei

Eingang nur Röhrgasse

und in **Thiele's Saal**, „Schwarzer Adler“, Bohrauerstraße 74.

Tages-Ordnung:

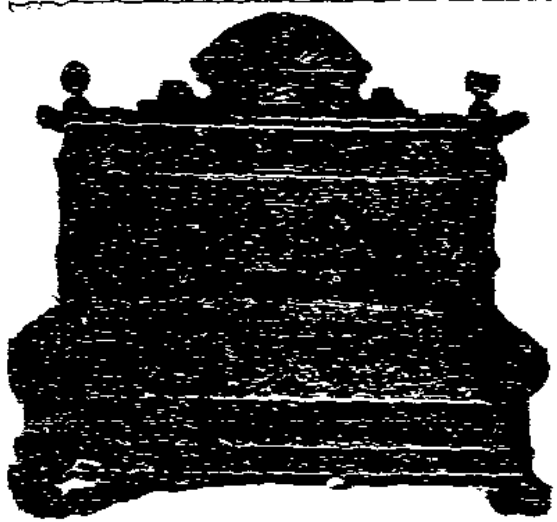
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
2. Diskussion.

Referenten: Genossen Schoenlank und Tutzauer.

Entrée 10 Pfennig.

Frauen sind eingeladen.

Der Einberufer.



Sopha

gut und dauerhaft gearbeitet, von 18 Mark an, polierte Bettstellen mit Matratze und Keilkissen von 27 Mark an Schränke, Tische, Spiegel Küchensübel billigt nur

Kirchstraße 22.

Schindler. Tapezierer.

Arbeiter, wählt

zur Arbeit, **Bambolterleder-Hosen** besser und billiger wie Hamburger Hosen. Nur Henmarkt 15 bei **G. Knauerhase.**

Wichtig für Raucher!
Schokolade

Cigarren

3 St. 10 Pfg., 100 St. 3 Mk. empfiehlt

Louis Schröter

Cigarrenfabrik
Friedrichstraße 64, vi-a-vis der Zimmerstraße. 904

Rohrtabak

Seydel & Junghans
Breslau,
Carlsstraße 30 (Girsel). 452

Billigste Bezugsquelle

für **Teppiche.**
Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen, Teppiche als Heizwunder geeignet für die Hälfte.

Teppichfabrik-Niederlage
H. Silbermann,
Nicolai-Straße 69.
Man wolle genau auf Firma und Nr. 69 achten.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren!

Offerte in nur guter Qualität und bei promptester Lieferung:
Sumatra Cigarren,
vorzüglich fremd, in 1/10 Kisten 2,00 Mk., 2,50 Mk. u. 3,00 Mk.
Rein amerik. Mischungen in 1/10 Kisten 3 Mk. und 4 Mk.,
Feinster Fein-Brasil per 1/10 Kiste 4,50 bis 6,00 Mk.
Geschnittene und ungeschnittene Rippen billigt.
Cigarren-Fabrik **E. Lampke** vorm. A. Kirchner,
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Kockplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Schrotgasse 1, Gummerei 35, Friedrich-Wilhelmstr. 4,
Klosterstr. 28a. Neu eröffnet: Schmiedebrücke 47. 809

84

S. Hurtig's

Herren- u. Knaben-Garderoben-Fabrik
Größtes und reellstes Geschäft am Platze.

Unerreichte Auswahl in leichter Sommer-Garderobe.

Specialität:

Burschen- und Knaben-Basch-Anzüge
in den reizendsten Facons und neuesten Stoffen.

Streng feste Preise.

Jedes Kleidungsstück trägt deutlich in Zahlen
den billigsten, aber festen Verkaufspreis.

Auf Anfertigung eleganter Garderobe nach Maß
mache ein geehrt. Publikum besonders aufmerksam,
da sämtliche Garderoben im eigenen Atelier
unter Aufsicht eines erfahrenen, akademisch ge-
bildeten Zuschneiders zugeschnitten und von be-
währtesten Arbeitskräften mit peinlichster Sorg-
falt auf das Eleganteste ausgeführt werden.

S. Hurtig,

84, Ohlanerstraße 84, 1. Etage.
Eingang Ecke Schubbrücke, 1. Viertel v. Ringe Haks.

84

Das seit 32 Jahren bestehende Heinrich Helm'sche Schuhgeschäft

befindet sich vor- wie nachher in der 1021
Ringbude Nr. 182/183,
vis-à-vis der Polizei-Wache.
Achtungsvoll **Anna Keil,** verw. gew. Helm.

Grabschilder,

Grabkreuze 6 Mark.
Baustämme 4 Mark.
Grabbücher 8 Mark.
Grabkränze etc. Porzellanmalerei und Porzellan-Photographie
P. Schwark, Ursulinerstraße 11 und Rosenthalerstraße 13a.

Hauswuschseifen, Seifenpulver,

anerkannt bestes eigenes Fabrikat empfiehlt
Rudolph Balhorn,

Seifen-Fabrik
Ende Neudorfstraße.

Filialen: Neue Schwesdenerstraße Nr. 5.
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 73. 1020